

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Dorteljähr 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren
Betragt für die sechsgepaltenen Kolonnen
jeile oder deren Raum 40 Pfg., für
Verlags- und Veranlagungs-Anzeigen,
sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate
für die nächste Nummer müssen bis
4 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 9. Juni 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Das Staatsinteresse.

Das Staatsinteresse hat in der Politik stets eine hervorragende Rolle gespielt. Es ist der Kautschuk-Mantel, mit dem seit Jahrhunderten und seit Jahrtausenden jede Handlung bekleidet und geschmückt wird, welche mit den Begriffen der gewöhnlichen Moral nicht im Einklang steht.

Die Sozialisten, die an Allem nörgeln, wollen auch nicht anerkennen, daß die Politik etwas Apartes sei, daß der Politiker das Recht habe, sich außerhalb der gewöhnlichen Moral, außerhalb des gewöhnlichen Rechts zu stellen, und diesem wie jenem ein Gesicht zu schlagen; und sie haben schon in den Statuten der „Internationalen Arbeiter-Assoziation“, also schon vor 33 Jahren gefordert, daß das Staatsinteresse mit dem Volksinteresse und die Staatsmoral mit der allgemeinen Menschenmoral in Einklang gebracht werden müssen.

Doch das ist vorläufig nur eine sozialistische Forderung und für die Politik ist heutzutage die Emanzipation von Moral und Recht noch die Regel.

Im schärfsten Gegensatz zur Politik steht hier die Justiz, und zwar nach der amtlich approbierten Meinung. Den Schulkindern wird schon gelehrt: unser Staat ist ein Rechtsstaat; in dem Staate wird — immer abseits von der Politik — streng und unfehlbar, gemäß dem allgemeinen Recht, so wie dieses im Gesetz sich ausdrückt, gehandelt; streng und unfehlbar waltet die Justiz ihres Amtes, welche die Ausführung und Verwirklichung des Rechts ist. Und: iustitia fundamentum regnorum! — die Gerechtigkeit und Justiz ist die Grundlage des Staates — tönt es bei allen feierlichen Staatsaktionen uns in die Ohren.

Auch der Herr Oberstaatsanwalt Drescher hatte zu Anfang des Tausch-Prozesses diesen Satz vor Augen, als er dem Angeklagten von Tausch, der sich hinter die „Staatsinteressen“ flüchtete, feierlich die Worte zurief:

„Ich stelle mich — einfach auf den Boden des Gesetzes. Das Gesetz spricht von Staatsinteressen, die einen Beamten berechtigten können, von einer Strafverfolgung (wo das Gesetz sie vorschreibt) abzusehen, nicht.“

Das war klar, das war richtig. Und das entsprach dem Recht, dem Gesetz und der Justiz.

Der Herr Oberstaatsanwalt veränderte jedoch seinen Standpunkt, als seitens des Polizeipräsidiums für die „politische Polizei“ das Recht beansprucht ward, sich über das allgemeine Recht und das für die sonstigen Staatsbürger geltende Gesetz hinwegzusetzen. In seiner letzten Verteidigungsrede — Verzeihung: Anklagerede jagte er:

„Für das Verhalten des Angeklagten v. Tausch kann nur die Praxis der Verwaltungsbehörden in Frage kommen; nur sie könnte für ihn von maßgebender Bedeutung sein. Ich weiß nicht, wie weit sie geht; wenn aber eine solche Praxis bei den Verwaltungsbehörden besteht, so muß man vom Standpunkte des Rechts verlangen, daß dann wenigstens die höchsten Staatsinteressen vorliegen müssen, wenn die Verfolgung unterbleiben soll. Derartige Ausnahmen dürfen nur in den seltensten und allerdringendsten Fällen als berechtigt angesehen werden.“

Erst: Das Gesetz kennt keine Staatsinteressen, die von der Verpflchtung entbinden, das Gesetz zu beobachten.

Dann: Das Gesetz kennt solche Staatsinteressen — es müssen aber „höchste Staatsinteressen“ sein — und „seltenste und allerdringendste Fälle“.

Was sind „höchste Staatsinteressen“? Der Staat ist das Höchste; und kommt der Staat in Frage, so liegt in jedem Fall das Höchste, das ist das Staatsinteresse vor; und nur die Willkür könnte einen Unterschied machen zwischen der größeren oder geringeren Dringlichkeit der „Fälle“. Jeder Verwaltungsbeamte und jeder Staatsanwalt würde die Dringlichkeit anders auffassen

als der andere — es ist das eben Sache des subjektiven Ermessens.

Die Justiz hat durch den Mund des Herrn Oberstaatsanwalts Drescher vor der Politik kapituliert. Sie hat das Staatsinteresse, das heißt einen von dem Recht nicht bloß verschiedenen, sondern es in seinen Konsequenzen geradezu ausschließenden Faktor, in das Reich der Justiz eingeführt, der er nicht bloß fremd, sondern positiv feindlich ist.

Die Politik hat im Tausch-Prozess die Justiz korrigiert. Der Herr Oberstaatsanwalt Drescher hat das mit wünschenswerther Offenheit dargethan.

Wir begreifen bloß nicht, warum man der ohnehin nicht auf Rosen und Lorbeer gebetteten deutsch-preussischen Justiz diese Probe nicht erspart hat.

Sicherlich war das Staatsinteresse hier nicht im Interesse des Staates.

Politische Ueberflucht.

Berlin, 8. Juni.

Daß ein Verfassungsbruch in der Zustimmung zu dem vom Abgeordnetenhaus vorgeschlagenen Weg einer stillschweigenden Änderung der Verfassung liegt, wagt gegenüber der in Nr. 129 des „Vorwärts“ gebrachten historischen und rechtlichen Darlegung nur eine Zeitung zu bestreiten. Dieses kuriose Meinungs-Vertheilungs-Organ nennt sich „Berliner Neuzeit Nachrichten“. Es schämt sich zwar bis zu der Höhe gewissenloser Geschichtsfälschung nicht auf, daß es etwa behauptet, die konservative Partei, die jetzt zum Verfassungsweg drängt, habe jemals diesen jezt von ihr gutgeheißenen Weg als etwas anderes als einen Verfassungsbruch bezeichnet. Aber sie glaubt das justizministerielle Gewissen dadurch entlasten zu können, daß sie sich auf „den Staatslehrer“ und Kronsyndikus Dr. Schulze“ und auf die Art des Zustandekommens der Bundesverfassung beruft. Beide Rechtfertigungsversuche schlagen fehl. Die Bundesverfassung ist allerdings ohne ausdrückliche Änderung der preussischen Verfassung zu Stande gekommen. Dieser Weg ist indes, wie aus den Bemerkungen der Abgg. v. Döberber, Birchow und Twetten in den Sitzungen des Abgeordnetenhauses vom 1. und 6. Mai 1867 hervorgeht, lediglich der politischen Dringlichkeit wegen und deshalb gewählt, weil staatsrechtlich feststehend die norddeutsche Verfassung ohne weiteres die preussische änderte; das von der Reichsversammlung in Preußen eine ausdrückliche Änderung der Verfassung für notwendig erachtet. Es genüge, an folgende Gesetze zu erinnern: vom 30. April 1861, 21. Mai 1862, 5. Juni 1862, 7. Mai 1863, 24. Mai 1863, 10. Juni 1864, 30. Mai 1865, 14. April 1866, 30. April 1866, 18. Mai 1867, 17. Mai 1867, 27. März 1872, 5. April 1873, 18. Juni 1875, 19. Februar 1879. Bleibt von dem Rechtfertigungsversuch des Bismarck-Organs nur die Berufung auf den „Staatsrechtslehrer“ und Kronsyndikus Dr. Schulze“ übrig. Wie steht es damit? Es ist richtig, daß im Jahre 1873 der zum preussischen Herrenhaus-Mitglied gemachte großherzoglich badische Geheimrath Dr. Schulze-Gävernich in der Sitzung des Herrenhauses vom 11. März 1873 bei Gelegenheit der Änderung der Artikel 15, 16 und 18 der Verfassung zum Schutze der Minister vor dem von ultramontaner und konservativer Seite erhobenen Vorwurf verfassungswidrigen Vorgehens anfährte, Artikel 107 lasse auch eine stillschweigende Änderung der Verfassung zu. Dieser Ansicht trat niemand bei. Dr. Schulze selbst giebt in seinem 4 Jahre später erschienenen preussischen Staatsrecht zu: „Der eigentlich normale Weg, eine Bestimmung der Verfassungsurkunde zu ändern, ist der, daß der betreffende Artikel der Verfassung, welcher dem Erlass eines Gesetzes entgegensteht, durch ein Verfassungsveränderungs-Gesetz beseitigt oder modifiziert wird. Eine so klare unzweideutige Auseinandersetzung entspricht gewiß der Absicht der Verfassungsurkunde am besten, welche sich aber als das höchste Landesgesetz über alle anderen Gesetze stellen wollte. Doch hat man auch einen anderen Weg beschritten, welcher zwar minder normal, staatsrechtlich aber doch von derselben Wirkung ist.“ Wir unterlassen es, die Beurteilung, die der inzwischen verstorbenen Dr. Schulze wegen des letzten Satzes, der seine Herrenhaus-Rede beschönigen sollte, seinerzeit allseitig erfahren hat, jezt näher darzulegen. Es genügt, daß selbst dieser einzige Gewährsmann, den die „Berl. Neuzeit Nachrichten“ gegen unsere Ansicht anföhren konnten, als den „eigentlich normalen Weg“ einer Verfassungsänderung den einer ausdrücklichen Verfassungsänderung bezeichnete. Die „Kreuz-Zeitung“ selbst hat die von dem „Berliner Neuzeit Nachrichten“ bestreite Beschönigung eines Verfassungsbruches nicht unternommen. Sie hat wiederholt, z. B. in ihren Nummern vom 14. und 16. Januar 1873, den jezt vom Abgeordnetenhaus eingeschlagenen Weg als einen offenbar mit dem Verfassungsgeide unvereinbaren bezeichnet. Das wird natürlich die Mitglieder des Obm-Södde-Pfingst-Organs nicht hindern, jezt diesen verfassungswidrigen Weg zu beschreiten.

Die Sozialisten und das Duell. Man wird sich erinnern, daß unser belgischer Genosse Vandervelde voriges Jahr sich wegen einer angeblichen Ehrensache mit einem politischen Gegner duellierte, und daß er für diesen Rückfall in mittelalterlichen Barbarenismus von den Parteigenossen einen kräftigen Küffel erhielt. Der Küffel hat genügt. Und als jüngst in Belgien eine ähnliche „Ehrensache“ aufschaute und unser Genosse Bertrand von zwar politischen Gegnern Herausforderungen zu einer Mordpartei mit Degen oder Pistole erhielt, antwortete er, daß Sozialdemokraten weder an die Hammerstein'sche Pistole, noch an das lausnudentische Froschmesser glauben, und überließ es den Herren, einander unter sich mit derartigen Instrumenten zu bearbeiten. Das war recht.

In Frankreich reden unsere Genossen leider noch tiefer in Bournichten. Am vorigen Sonnabend kam es in der Kammer zu einer Ständehung im österreichischen Stil (siehe unsere Pariser Korrespondenz) und die Folge war, daß einer unserer Genossen — Gervault-Richard — einen der Minister forderte, der sich allerdings

recht frech benommen hatte. Der Minister widerrief aber und so unterblieb das Duell. Wir kennen ja wohl das Wort: „Vändlich, feillich“ und wir legen nicht gern unseren deutschen Maßstab an ausländische Verhältnisse. Allein gerade die Franzosen haben in ihrer nationalen Vergangenheit die prächtigsten Vorbilder für das Verhalten in der Duellfrage. Wie wir schon des öfteren gethan, verweisen wir damit auf die Vertreter des dritten Standes, die zu Anfang der französischen Revolution von den Hammerstein und Bräsewigen der Reichsliste zum Zweikampf herausgefordert wurden. Anfangs nahmen die Lameth und Genossen an, als sich aber herausstellte, daß Methode in der Duellsekererei war, daß vertrackte „Edelthe“, die gut sechsen konnten, zur regelrechten Abheerei anständiger Männer gemietet wurden, so erkannte man es als Ehrenpflicht, Herausforderungen abzuwehnen. Darob Spott und Hohn seitens der „Edelthe“ mit ihrer besondern Standesehre. Es kam zu einigen gewaltsamen Szenen, bis das Volk ins Mittel trat und aus eigener Initiative und mit eigener Souveränität das Gesetz gab: „Jeder, der zum Duell herausfordert, wird ins Wasser geworfen und so lange untergetaucht, bis er zur Vernunft kommt.“

Das Gesetz wurde ausgeführt. Ein paar Duzend Junker wurden untergetaucht und — das Duell hörte in Frankreich auf — wenigstens für die Dauer der Revolution.

Nach dem 18. Brumaire, als der Militarismus triumphierte, lebte noch anderem Anlag auch das Duell wieder auf. Wir dachten, was die französischen Bürgerdemokraten am Ende des 18. Jahrhunderts konnten, das sollten die französischen Sozialisten am Ende des 19. Jahrhunderts auch können! —

Das Institut der politischen Polizei soll, so wird verstanden, „revidirt“ werden. Die „Breslauer Zeitung“ theilt mit, daß ein Komitee schon während seines jüngsten Aufenthalts in Schlesien ununterbrochen vor Beginn des Tausch-Prozesses seiner Umgebung gegenüber seinen Unwillen über das durch denselben enthaltene Intrigenspiel wiederholt ausgesprochen und angeordnet, daß ihm über den Verlauf der Verhandlungen alltäglich ausführlich Bericht erstattet werde. Der Kaiser wünsche dringend eine gründliche Revision des Instituts der politischen Polizei, sowie eine Reform des Verhältnisses den Ministerien und der Presse. Eine besondere Kommission soll zur Veranlassung von Vorschlägen alsbald eingesetzt werden.

Unter dem Eindruck des Prozesses wird natürlich allerlei Revision und Remedur angefragt. Warum hat man denn nicht schon längst etwas zu thun versucht? Ist denn v. Tausch der erste seiner Art? Eine „besondere Kommission“ soll eingesetzt werden! Aber was wird herauskommen? Die politische Polizei muß sein. Die politische Polizei muß Agenten haben. Agenten müssen unlaubar sein.

So lange man die politische Polizei will, muß man auch ihre Auswüchse wollen. Daran wird auch nichts geändert, wenn der Kaiser unwillig ist über die Tauschdiade.

In Bezug auf Normann-Schumann soll der „Vorwärts“ bezeichnend sich nicht das Gegenheil dessen gesagt haben, was Bebel vor dem Schwurgericht im Tausch-Prozess. Das ist falsch. Nach dem „Vorwärts“-Bericht und dem Bericht der „Bessischen Zeitung“ und anderer Blätter antwortete Bebel in der Sitzung des 28. Mai (siehe „Vorwärts“ vom 29. Mai) auf die Frage des Staatsanwalts, ob Schumann auch dem „Vorwärts“ Artikel geliefert habe:

„Ja, meines Wissens hat er 1895 und 1896 einige kleinere politische Notizen dem „Vorwärts“ geliefert.“

Das ist richtig. Die Erklärung des „Vorwärts“ richtete sich gegen unsaubere Blätter, die dem „Vorwärts“ vorwarfen, Artikel von Normann-Schumann empfangen zu haben, und von ihm politisch beeinflußt worden zu sein. Das war schamlos gelogen, und diese Lüge zu brandmarken der Zweck unserer Notiz. Von Normann-Schumann, mit dem Siebelrecht auf dessen Wunsch im Mai 1894 durch Vermittelung eine längere, im „Vorwärts“ bereits erwähnte Unterredung hatte, der Singer beiwohnte, hat der „Vorwärts“ verschiedene kurze politische Notizen erhalten, von denen einige aufgenommen, andere deshalb zurückgewiesen wurden, weil sie in puncto der „Hintermänner“ oder aus anderen Gründen verdächtig erschienen. Kein Wort politischen Raisonnements des Herrn Normann-Schumann hat je im „Vorwärts“ gekunden. Kurz, der „Vorwärts“ hat, wie es in unserer Erklärung heißt, niemals einen Artikel — weder Leitartikel, noch Situationsbericht, noch überhaupt raisonnierende Notiz — von Herrn Normann-Schumann erhalten. Und das deckt sich vollständig mit der Zeugenaussage Bebel's.

Der Friede zwischen der Türkei und Griechenland ist noch nicht geschlossen. Die Verzögerung ist sehr natürlich, wenn man bedenkt, daß einerseits ein Theil des „einigen Europa“ seinen schnellen Friedensschluß will und daß andererseits die Türkei mit ihrer halben Million Soldaten, die sie kriegerisch im Felde hat, und der rasch eine zweite halbe Million folgen kann, nach den jüngsten militärischen Erfolgen nicht in der Stimmung ist, sich vom „einigen Europa“ als Schublumpen benutzen zu lassen.

Zwischen den Mächten treten erhebliche Meinungsverschiedenheiten hervor über die Friedensbedingungen. „Daily Telegraph“ meldet aus Konstantinopel: Als Tawfik Pascha im Verlaufe der Friedensverhandlung eine Denkschrift verlas, in der die türkischen Forderungen dargelegt werden, unterbrach ihn der englische Volschaffer und bemerkte, seine Instruktionen gingen dahin, sich jeder Erweiterung des Gebietes der Türkei zu widersehen. Der französische und der italienische Volschaffer unterstützten diese Ansicht. Der russische Volschaffer erklärte, er glaube wohl, Anstalt würde darin willigen, daß die Türkei das Lempe-Zhal in der Weise annehme, daß Turnovo den Türken zufällt, Varsija aber den Griechen verbleibt.

Ein späteres Telegramm aus Konstantinopel besagt hingegen, daß die Einigung nahe bevorstehen solle. Danach zahlte Griechenland vier Millionen Pfund Kriegsschuldigung und verliert an der thessalischen Grenze einige strategische Punkte, Pharfalos, Volo, Mezono und Negaros bleiben von den Türken besetzt und werden stoffweise, nach der in Kaica erfolgten Zahlung, geräumt.

Bemerkenswert ist sonst nur noch die folgende Nachricht:
Athen, 7. Juni. Infolge energischer Einschreitens der Vertreter der Großmächte erließ die Regierung strengste Befehle, damit die Abreise Freiwilliger nach Kreta verhindert werde. Die internationale Flotte wurde wieder beauftragt, alle in Kreta anlaufenden griechischen Schiffe zu durchsuchen und eventuell Kriegskontingente und Freiwillige nach Griechenland zurück zu transportieren.

Deutsches Reich.

— **Protestkundgebungen gegen die lex Rade** fanden statt in Stettin und Köln. In Köln fand eine von 3000 Personen besuchte Protestversammlung statt. Es sprachen die Genossen Schumacher, Solingen, Meiß, Hofrichter und Dehnbardt-Köln. Der Sekretär der nationalliberalen Partei der Rheinprovinz, Dr. Johannes, versuchte das Verhalten seiner Partei namentlich in der Frage des Ausschusses der Minderjährigen zu rechtfertigen, wurde aber von unseren Rednern glänzend abgefertigt. Eine Resolution, die sich gegen die lex Rade, wie gegen jede Verkümmern der Volksrechte aussprach, wurde einstimmig angenommen.

Zur Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. Der schlesisch-posenische Parteitag hat sich einstimmig für die Beteiligung und für die Besprechung dieser Frage auf dem allgemeinen deutschen Parteitag ausgesprochen.

— **Konservative Verdächtigungssucht.** Die „Krenz-Zeitung“ veröffentlicht in ihrer Abendausgabe vom 6. Juni eine der „Konservativen Korrespondenz“ entnommene Notiz über die Beteiligung der Sozialdemokratie an den Landtagswahlen, in welcher es heißt:

„In Schwabender Pein“ hängt und bangt der Freisinn. Er weiß noch immer nichts genaueres, ob die maßgebenden sozialdemokratischen Parteiführer für oder wider ein Landtags-Wahlbündnis seien. „Genosse“ Dieblich hat sich kurz und bündig dagegen erklärt; das schmerzte den Freisinn. Heute aber erfüllte wieder frohe Hoffnung dessen Wahn, weil „Genosse“ Webel in seiner zweideutigen Art im „Vorwärts“ geschrieben hat, es könnte sein, es könnte aber auch nicht sein; die Sache müßte reiflich überlegt werden.“

Soweit diese Notiz Webel betrifft, ist sie völlig erlogen. Webel hat sich im „Vorwärts“ nur einmal über die Beteiligung der Sozialdemokratie an den Landtagswahlen geäußert, und zwar in dem Zeitartikel in der Nummer vom 2. Juni. Dort lautet aber die Stelle, die hierauf Bezug hat, wörtlich:

„4. Daß die Partei durch energische Beteiligung an allen Wahlen, bei denen Arbeiter ihre Stimme abgeben können, die Zahl der Volksfeinde zu dezimieren oder ganz hinauszurufen suchen.“

Diese Äußerung ist eben so klar als bestimmt und zeigt, von der angeblichen „zweideutigen Art“ keine Spur. Es ist zwar nicht unsere Weise, allen Verdächtigungen der Gegner in jedem Falle entgegenzutreten, denn das würde eine zu mühsame Aufgabe sein. Aber die Versuche der konservativen Organe, den Charakter Webel's zu verdächtigen, werden so systematisch und so wider besseres Wissen betrieben, daß sie doch einmal angegangen werden müssen.

Die „Post“, das Leiborgan des Herrn v. Stumm, nimmt den Oberstaatsanwalt Drescher in Schutz gegen die Erklärung Webel's in der Sonnabendnummer des „Vorwärts“. Das ist bei der „Post“ selbstverständlich, deren Redakteure die Aufgabe haben, im Sinne des Herrn v. Stumm den Kampf für Religion, Sitte und Ordnung zu führen. Aber die „Post“ irrt sich, glaubt sie durch Befolgung ihres Ratss gegen Webel und andere sozialdemokratische Abgeordnete, dieselben so oft als möglich zu eidlichen Zeugen-Aussagen wegen ihrer Reichstagsreden zu nötigen, diese einzuschüchtern. Dieselben werden nach wie vor thun was sie für ihre Pflicht halten und sich weder von der „Post“ noch Blättern ähnlichen Schlagens davon abhalten lassen. Zu Erklärungen à la Stumm zu greifen, haben sozialdemokratische Abgeordnete bisher nicht nötig gehabt.

— **Pastor Köhlschke** ist aus dem Amt geschieden. Da er der vom Oberkirchenrat gegen ihn ausgesprochenen Verurteilung in den kleinen östlichen Ort Sierakowitz nicht nachkommen wollte, so hat er seinen Dienst überhaupt quittiert. Die Eiferer der Kirche sind zugleich die Hüter Dammons! Wehe dem Geistlichen, der es mit Rammon verdirbt!

— **In der Frage der Militär-Strasprozeß-Ordnung** soll, wie der „Damb. Korresp.“ wissen will, ein Kompromiß zwischen Bayern und Preußen angebahnt werden. Es soll ein bayerischer Senat beim obersten Militär-Gerichtshof eingerichtet werden.

Wie dem auch sei, in jedem Fall ist es höchst skandalös, daß um dieser Kompetenzstreitigkeiten willen die Reform der Militärjustiz immerfort in die Ferne geschoben wird.

— **Friedenskonferenz.** Die interparlamentarische Friedenskonferenz der bürgerlichen Kriegsgegner soll in diesem Jahre im Nationalpalaste zu Brüssel am 8. August zusammentreten. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Neutralität, der ständige internationale Schiedsgerichtshof, politischer Kongreß der sekundären Mächte.

— **Das Weimarer Staatsministerium** giebt bekannt, daß die Landtagswahlen im September d. J. stattfinden sollen.

— **Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Ein Majestätsbeleidigungs-Prozeß wurde am Dienstag vor der Strafkammer I in Altona unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Angeklagt war der polnische Arbeiter Reib, der bei der Genterafel in Elmhorn mit drei anderen Arbeitern über Militärausgaben in Streit und Schlägerei geraten war und sich dabei beleidigender Äußerungen über den deutschen Kaiser bedient haben soll. Er leugnete, wurde aber der Körperverletzung und der Majestätsbeleidigung schuldig befunden und dieserhalb zu einer Gesamtstrafe von vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte acht Monate Gefängnis beantragt.

Schweiz.

Bern, 7. Juni. Die landwirtschaftlichen Vereine der Schweiz haben sich zu einem Schweizerischen Bauernverband vereinigt behufs Wahrung der gemeinsamen Interessen, namentlich auf dem Gebiete der Gesetzgebung und der Handelspolitik, und die Gründung eines schweizerischen Bauernsekretariats als gemeinsamer Zentralsstelle beschlossen, für welches die Unterstügung des Bundes verlangt wird.

Bern, 8. Juni. Die Bundesversammlung ist heute zu der ordentlichen Sommeression zusammengetreten. Der Nationalrat wählte Grieshaber-Schaffhausen (radikal) zum Präsidenten und Zehlin-Waadt (radikal) zum Vizepräsidenten. Der Ständerath wählte Hämlein-Graubünden (radikal) zum Präsidenten und Hiltbrand-Zug (liberal) zum Vizepräsidenten.

Frankreich.

Paris, 6. Juni. (Sig. Ver.) Die Interpellation über den Kohlengräberstreik in Grand'Combe wurde in der Sonnabend-Sitzung der Kammer nicht zu Ende geführt infolge eines heftigen Zwischenfalles, von dem weiter unten die Rede ist. Sachlich ist aber die Debatte bereits erschöpft. Die Bergarbeiter-Abgeordneten, Basky und Lamendin, sowie der sozialistische Abgeordnete Fabert haben auf Grund ihrer persönlichen Erforschungen im Streikgebiet ein ergreifendes Bild von dem Ausdehnungs- und Unterdrückungssystem der Grubengesellschaft entworfen. Die Ursache des Streiks, die Entlassung von 575 Arbeitern unter dem Vorwand des schlechten Geschäftsganges ist ein letztes Glied in der Kette der wirtschaftlichen, politischen und religiösen Anechtung der Arbeiter. Der Direktor Grassin, ein liberal-monarchistischer Parteigänger, wie

so viele französische Großbourgeois, suchte seit Jahren sein Arbeitspersonal zu politischen Stimmzettel-Diensten zu zwingen. Zu diesem Zwecke hatte er ohne Rücksicht auf die Betriebsbedürfnisse hunderte von Bergarbeitern in Arbeit genommen und die „treuesten“ derselben mit Aufseher- und Angestelltenposten belohnt. Grassin wurde denn auch zum Bürgermeister und sein liberal-monarchistischer Freund, de Rameil, zum Abgeordneten gewählt. Die Anwerbung von überflüssigen Arbeitskräften zu Wahlzwecken erwies sich indes mit dem Erwachen des Klassenbewußtseins der Arbeiter als zwecklose Verschwendung. Daher die Massenentlassung, welche natürlich die widerhaarigsten Elemente traf. So wurden sämtliche Mitglieder des Gewerkschaftsvorstandes bis auf zwei gemahregelt. Und noch eine zweite Fliege schlug der Pros mit derselben Klappe. Er hat vorgeworfen ältere Arbeiter gemahregelt, die dem pensionsberechtigten Alter nahe seien. Der gesetzlich vorgeschriebene Reservefonds der Altersversorgung lasse zu 2/3 aus Arbeitergehältern zusammengesetzt, wurde von der Verwaltung verthan, teilweise für den Bau und Unterhalt von Kirchen und Kapellen, zu deren reichem Besuch die Arbeiter angehalten werden. Daneben blüht im frommen Betrieb ein räuberisches Truistsystem. Die Arbeiter sind gezwungen, ausschließlich in den Waarenmagazinen der Gesellschaft zu kaufen. Zu diesem Zweck wird jedem neu eintretenden Arbeiter der ganze Lohn für den ersten Monat beschlagnahmt für die Rechnung seiner Einkäufe in dem Truistladen. Die Gesellschaft verdient so bis zu 25 pCt. Basky legte zum Beweis die Rechnung eines Lieferanten für den Truistladen vor... Der Verlauf des Streiks hat bis zur Evidenz gezeigt, daß die Massenentlassung mit dem vorgeschlagenen schlechten Geschäftsgang nichts zu thun hat. Nicht nur haben die Arbeiter sich erboten, so lange als noch wendig schichtenweise 1 oder 2 Tage pro Woche zu feiern. Der Hauptingenieur Furnat erklärte den Vorschlag für durchführbar. Dafür wurde er aber kurzerhand gemahregelt.

Und die Regierung? Aus der Antwort Turrel's, des Ministers der öffentlichen Arbeiten, geht hervor, daß sie sich darauf beschränkt hat, von den Eisenbahnen billigere Frachtsätze für die Grand'Combe-Kohlen zu erlangen, um der Gesellschaft die Konkurrenz mit der englischen Kohle zu ermöglichen. Im übrigen fanktionierte sie den Hand der Gesellschaft an den Pensionsgeldern der Gemahregelten, indem sie die entlassenen Kohlenräder mit — Erdarbeiten in einem benachbarten Departement abzugeben versuchte. Und wie im Streikgebiet Militär, Polizei und Richter mit den Agenten Grassin's um die Wette die Ausführenden provozirten, um sie dann verhaften und verurtheilen zu können, so trat auch der Minister in der Kammer zynisch als der Anwalt der Gesellschaft auf. Er suchte die dokumentarisch belegten Anschuldigungen der Interpellanten durch lägerische Berichte der Gesellschaft zu entkräften. Das mußte einen Entrüstungsturm auf den sozialistischen Banken entfesseln.

Die Entrüstung erreichte ihren Höhepunkt, als Turrel sich auf ein ihm von der Gesellschaft zugegangenes Schriftstück berief, wonach die Arbeiter „freiwillig“ die Abänderung der Statuten der Alterskasse, das heißt den widergesetzlichen Hand seitens der Gesellschaft mit ihren Unterschriften zugegeben hätten. — „Mit ihren Unterschriften?“ rief Genosse Gérault-Richard, „ich fordere Sie heraus, um diese Unterschriften zu zeigen!“ Der Minister hütelte sich aber wohlweislich, das zu thun. Nun ging der Wurm los. Die Regierungsmänner vergaßen sich so weit, die einzelnen sozialistischen Abgeordneten beim Präsidium am Ordnungsruf zu denunzieren. Das zog ihnen von seiten Gérault-Richards die Bezeichnung: „Spindelmonarchards“ zu. Der Präsident Brisson, der von jeder eine ausgeprochene Parteilichkeit gegenüber den Sozialisten zeigt, überschritt sein Recht und die Geschäftsordnung in der gräßlichsten Weise, indem er gegen Gérault-Richard gleich die höchste Ordnungstrafe beantragte: die Zensur mit der zeitweiligen Ausschließung aus der Kammer. Noch mehr, trotzdem die Abstimmung durch Aufstehen ein zweifelhaftes Resultat ergab, widersetzte er sich der nochmaligen Abstimmung mittels Stimmzettel und erklärte die Strafe für beschlossen.

Er wird das noch bitter abbüßen. Nachdem unser Genosse, den willkürlichen Beschluß missachtend, erst der Militärgewalt gewichen und die Sitzung wieder ausgenommen worden war, verlangte Jaurès das Wort, um mit der Geschäftsordnung in der Hand gegen den Willkürakt des Präsidenten zu protestieren. Brisson entzog ihm einfach das Wort. Erneuter Sturm. Brisson wurde von den Sozialisten und sozialistischen Radikalen mit einem Hagel von Wortpeilen überschüttet: „Alte Kavalle! Mistfänger! Verräter!“ u. s. f. flog ihm nur so an den Kopf, bis er die Sitzung aushub und schlenkigt sich aus dem Saale machte.

Die Fortsetzung folgt in der nächsten Sitzung, die auf Donnerstag anberaumt ist.

Während des Sturmes rief ein radikaler Abgeordneter dem Präsidenten zu: „Sie werden doch nie Präsident der Republik sein!“ Dieser Jurist ist die Erklärung für das gewollte Vorgehen des radikalen Brisson. Trotzdem er zum Kammerpräsidenten mit Hilfe der sozialistischen Stimmen gewählt wurde, sucht er durch die Drangsalierung der sozialistischen Abgeordneten sich die Stimmen der Ordnungsparteiler für die zukünftigen Präsidentschaftswahlen zu sichern. Vergebliche Mühe! Denn andererseits muß er von Zeit zu Zeit den Radikalen herantreten. So sitzt er denn glücklich zwischen zwei Stühlen.

Die sozialistische Kammerfraktion hat ihm in einem von 44 Abgeordneten unterzeichneten Manifest förmlich den Krieg erklärt.

— **Die Szene der Ausschließung Gérault-Richard's** wird von der „Frankfurter Zeitung“ in folgender Weise geschildert: Der Präsident forderte ihn aus, den Sitzungssaal zu verlassen. Gérault verweigert dies. Die Sozialisten rufen ihm zu: „Tabellein! Nicht fortgehen!“ Der Präsident erhebt sich und erklärt die Sitzung für suspendiert. Die Quästoren lassen die Tribünen des Publikums und der Presse räumen. Auf Befehl des Präsidenten verlassen die Deputierten den Sitzungssaal. Nur Gérault-Richard und 20 Sozialisten bleiben auf den Bänken. Die Quästoren verhandeln zunächst mit Gérault-Richard, um ihn zum Verlassen des Sitzungssaales auf gültigen Wege zu bringen. Er und die Sozialisten wollen jedoch nicht nachgeben. Schließlich befiehlt der Präsident das Einschreiten des Militärs. Acht Mann von der Marine-Infanterie, geführt von vier Sergeanten des Kammerdienstpersonals, betreten den Saal. An der Spitze des Piquets geht ein Oberst, der den Wachdienst im Palais Bourbon kommandirt. Einer der Quästoren fordert Gérault nochmals zum Verlassen des Saales auf. Gérault erklärt, er werde bis an die äußerste Grenze seiner parlamentarischen Rechte gehen. Der Oberst legt ihm hierauf die Hand auf die Schulter und fragt: „Weichen Sie der Gewalt?“ Gérault antwortet: „Ja, aber ich konstatire, daß unter der Republik wie unter dem Kaiserreich ein Vertreter des Volkes in dieser Versammlung nicht zum Worte gelangen kann.“ Gérault verläßt hierauf den Saal mit dem Rufe: „Es lebe die soziale Revolution! Schmach den Feiglingen!“

Spanien.

— **Anarchistenauweisung.** Die infolge des Bombenattentats von der Cambiosstraße in Barcelona verhafteten Anarchisten, welche in dem großen Anarchistenprozeß freigesprochen wurden, wurden am 8. d. M. aufgefördert, Spanien binnen drei Tagen zu verlassen. Die meisten von ihnen erklärten, daß sie nach Frankreich gehen wollen, und einige nach Argentinien, Nordamerika, Brasilien, Tunis, Ägier und England. Einer von ihnen sagte mit Humor, er wünsche als Oberbeichshaber nach Ruba geschickt zu werden, um dort die Reformen einzuführen. Alle weigerten sich, das Ausreisungsprotokoll zu unterzeichnen.

— **Der Canovas** wird Ministerpräsident bleiben. Die Kritik soll damit beendigt sein. Thatsächlich aber werden die Liberalen den Kampf gegen den mit recht gehäßen Reaktionär von neuem aufnehmen.

Dänemark.

— **Die Leistungen des dänischen Landesthing.** Nach einer achtmönatlichen Legislaturperiode ist der Reichstag geschlossen worden. Er hat in dieser Zeit 44 Gesetze angenommen,

von denen auch nicht eines ein Reformgesetz ist. An wem liegt die Schuld? Fast nur am Landesthing. Der Folkething ist eifrig in dieser Richtung thätig gewesen. Schon im November wurde von diesem der Antrag auf geheime Abstimmung zum Landesthing mit 66 Stimmen gegen 11 angenommen. Der Landesthing überwiegt ihn einer Kommission, in der er noch faust schlummert! Ein Antrag auf Gleichstellung der Landstädte mit Kopenhagen hinsichtlich der Bürgermeisterei-Wahlen, wurde vom Landesthing zurückgewiesen. Das vom Folkething mit 89 gegen 3 Stimmen angenommene Schulgesetz kam im Landesthing nicht einmal zur zweiten Behandlung. Bei den weiteren Reformanträgen der Arbeiter-Unfallversicherung, der Verkürzung der Arbeitszeit in den Bäckereien, der Befestigung der Befestigungen Kopenhagens und einer Aenderung der Untersuchungsbehörde versagte schon ein Theil der Stimmen des Folkething. Die Unfallversicherung wurde in der vermittelten Form, daß sie nur für die Fabrikarbeiter gelten sollte, vom Folkething angenommen, der Landesthing begrub sie auf einen Protest der Großindustriellen hin in seiner Kommission. Ebenso erging es dem Antrag auf Aenderung der Untersuchungsbehörde. Einem Antrag auf ein Vorrecht der Lohnforderung der Dienstboten im Konkursfalle, wurde die zweite Behandlung im Landesthing verweigert! Die Anträge der Sozialdemokratie auf Einführung des 8-stündigen Arbeitstages und Verkürzung der Arbeitszeit in den Bäckereien scheiterten schon im Folkething. Ein Antrag auf Einführung der Zivildienste ward im Folkething angenommen, im Landesthing abgewiesen.

Im weiteren Auftrage gingen dem Folkething von der Regierung zu das „Anfiedelungsgesetz“, eine Reform des Branntweinsteuer-Gesetzes und ein Antrag auf Aenderung der Vermögens- und Einkommensteuer. Das Anfiedelungsgesetz ward in erweiterter Form vom Folkething angenommen. Auch all die andern Gesetze fanden im Folkething eine schnelle Behandlung und versprachen Verbesserungen, wenn auch die weitergehenden Wünsche der Sozialdemokratie nicht gehört wurden. Da aber erklärte der Landesthing am 1. April, er wolle sich die Reformgesetze zu berathen, so lange die Ministerliste nicht gelöst sei, die der Landesthing übrigens selbst hervorgerufen hatte. Endlich nach Beilegung derselben hat er das Anfiedelungsgesetz beraten und darüber eine Entscheidung gefaßt, die das Gesetz der Stände des Landesthing zum Ueberleben bringen dürfte. Wir haben seinerzeit ausführlich über dieses Gesetz berichtet.

Ist es unter diesen Umständen ein Wunder, wenn sich im weiteren und immer weiteren Reizen der Ruf erhebt: Nieder mit dem Landesthing? Kann eine Institution noch fortbestehen, die jede zeitgemäße Entwicklung des Staates wegen ihrer Sonderinteressen unmöglich macht? —

Afrika.

— **Rußland und Abyssinien.** Die Petersburger „Nowoje Wremja“ bemerkt aus Anlaß der Thatsache, daß in Abyssinien eine russische diplomatische Mission gegründet werden soll, dieselbe werde friedlichen und kulturellen Zwecken dienen. Rußland werde Abyssinien helfen, die ersten Schritte vom Wege eines primitiv patriarchalischen Lebens zur Zivilisation zu machen. Man weiß, was hinter diesen Redensarten steckt. Rußland stärkt Menelik zum Trug gegen England.

Asien.

— **Der Konflikt zwischen Japan und Hawaii.** von dem wir früher schon berichteten, nimmt verschärfte Formen an. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureau's“ vom Montag hat die Regierung von Hawaii es abgelehnt, Japan die Genußguthung zu geben, welche dieses verlangte, weil die Regierung von Hawaii sich geweigert hatte, die Landung von 400 japanischen Einwanderern zu gestatten. Japan hat erklärt, die diplomatischen Beziehungen mit Hawaii abbrechen zu wollen. Bekanntlich stehen die Vereinigten Staaten in diesem Konflikt auf der Seite des kleinen Südfestlandwesens.

Amerika.

— **Washington, 5. Juni.** Staatssekretär Sherman übersandte dem Senate einen Brief des österreichisch-ungarischen Gesandten Dr. v. Hengelmüller, in dem gegen die Anwendung von Differentialzöllen auf Zucker aus Ländern, die Exportprämien zahlen, als der Reißbühnung zuwiderlaufend Einspruch erhoben wird. Oesterreich-Ungarn hoffe, die Negation werde den Kongreß über die den Vereinigten Staaten aus dem Betrage erwachsenden Verpflichtungen aufklären und die Annahme der Differentialzölle verhindern, gegen die Oesterreich-Ungarn von neuem Einspruch zu erheben genöthigt wäre, wenn dieselben endgültig angenommen werden sollten. Der Brief wurde der Finanzkommission überwiefen.

Havana, 7. Juni. Das Amtsblatt veröffentlicht heute das Dekret, durch welches die Reformen auf Kuba eingeführt werden. Die Volksthat hör' ich wohl, aber der Glaube an diese spanischen „Reformen“ fehlt.

Sechster österreichischer sozialdemokratischer Parteitag in Wien.

Wien, den 6. Juni 1897.
In dem festlich mit rothen Draperien, zahlreichen Inschriften, der Wüste von Laffale und den Bildern von Marx und Engels geschmückten Saale des Hotel Humberger (der Besitzer ist antisemitischer Gemeinderath), ist am Sonntag Vormittag der sechste österreichische sozialdemokratische Parteitag eröffnet worden. 180 Delegirte aus allen Theilen Oesterreichs sind erschienen, darunter vollständig die 14 Mann starke sozialdemokratische Fraktion des Reichsraths, außerdem Engelbert Fernerstorfer und der Vorsitzende der österreichischen Parteivertretung Dr. Viktor Adler. Die deutsche Partei ist durch den Abg. Holtenbuhr und den Parteisekretär Pfannkuch vertreten. Popp-Wien eröffnet den Parteitag unter Hinweis auf den Wendepunkt in der Parteigeschichte, auf die erste parlamentarische Vertretung der Partei.

Dann übermittelt Pfannkuch-Hamburg dem Parteitage die Grüße der deutschen Sozialdemokratie. Er betont, die Solidarität der beiden Parteien, deren Lebenselement der Kampf sei. Kampf mußten wir schon von Anfang an führen, als wir Sozialdemokraten wurden, Kampf wird sein, bis wir unser Programm verwirklicht haben. Die ganze Gesellschaft ist gegen uns und muß es sein, denn wir sind ihre geschworenen Feinde. Wir sind sicher, daß wir die alte bürgerliche Gesellschaft überwinden werden. Wir können es der bürgerlichen Gesellschaft nicht verdenken, daß sie sich ihrer Haut wehrt, daß sie alle Maßregeln ergreift, um den Entwicklungsengang der Sozialdemokratie aufzuhalten. In Deutschland haben wir verschiedene Phasen im Verhalten der bürgerlichen Gesellschaft uns gegenüber zu verzeichnen. Verschiedene dieser Phasen gehören bereits der Geschichte an; das Dulden und Leiden der Genossen unter dem Sozialistengesetz war es, das jene unauflösblichen Bande geschmiedet, welche es uns ermöglichten, auch die Stürme und Kämpfe der Zukunft zu überwinden. Wreufen schickt sich an, reaktionäre Maßregeln einzuleiten, bezw. auf dem Wege des Partikularismus im ganzen geeinigten Deutschland zur Durchführung zu bringen. Wir haben dieses Beginnen anfangs völlig ignoriert und erst, als wir sahen, daß noch einmal die unter dem ersten Reichskanzler beliebte Taktik, die wir abgethan glaubten und die im Wesen darauf hinausläuft, die Sozialdemokratie zu zwingen den Kampf in einem Augenblick aufzunehmen, wo es ihr nicht angenehm ist, gebot es nicht nur der Selbsterhaltungstrieb, sondern auch die ganze Tradition der Partei, den Kampf energisch aufzunehmen.

Der Redner bespricht hierauf die Wiener Wahlen und verweist darauf, daß auch in Deutschland anfangs die Hoffnungen, die man an das allgemeine gleiche Wahlrecht geknüpft, getäuscht worden sind. Laffale selbst hat das allgemeine gleiche Wahlrecht als eine zweischneidige Waffe bezeichnet, die zu führen erst gelernt sein muß. Es giebt Parteigenossen, denen unsere Bewegung zu langsam geht. Wir werden gewiß alle lieber morgen als übermorgen die Rechte

Kraft befehligen, aber wie müssen und sagen, daß, wollen wir das Erzeugene festhalten, wir Stappe um Stappe erobern müssen und von der erprobten Taktik nicht abgehen können. Pfannkuch schlägt unter lebhaftem Beifall mit den Worten: Wir haben bisher in Freud und Leid Schulter an Schulter gekämpft, möge es auch weiterhin so sein.

Eine längere Debatte entspinnt sich hierauf über die Frage, ob der Parteitag den bekanntlich von antisemitischer Seite eingeleiteten Zentrumsstreik unterstützen solle oder nicht. Schließlich wird ein Antrag mit großer Mehrheit angenommen, der den streikenden Arbeitern die Sympathie des Parteitags und Unterstützung seitens der Partei zugesichert.

Nachmittags tritt dann der Kongreß in seine Tagesordnung ein. Schachmeyer-Wien erstattet den Parteibericht, Dr. Ellenbogen-Wien den Kassenericht. Beide gaben deutliche Zahlen von dem Wachstum und dem Aufschwung der Partei. Mit dem Ausfall der Wahlen erklärten sich die Referenten im großen und ganzen befriedigt, daß Resultat der Wiener Wahlen natürlich angenommen. In der den Referaten folgenden Debatte unterzieht Dr. Adler den Ausfall der Wiener Wahlen einer längeren Besprechung und kommt dabei zu dem Schluß, daß die Sozialdemokratie den Bedienten aller Kategorien, die von den Antisemiten an die Urne gebracht worden sind, unterlegen sei.

Nachdem der Parteivertretung Decharge erteilt ist, wird die Fortsetzung der Verhandlungen auf Montag früh 9 Uhr vertagt.

Zweiter Verhandlungstag.

Wien, 7. Juni 1897.

Der Vorsitzende Zeller-Teplitz eröffnet die Verhandlung nach 9 Uhr und giebt dem Abg. Datschnski-Kraus das Wort zu seinem Referat über die parlamentarische Thätigkeit. Er verweist auf die Thatsache, daß die Internationalität der Sozialdemokratie in dem sozialdemokratischen Parteiverband des österreichischen Abgeordnetenhauses zum schönsten Ausdruck gelangt sei. In dem Klub sei das Proletariat aller Zungen, Deutsche, Tschechen und Polen vertreten gewesen. Die radikale ruthenische Partei habe um Aufnahme ihres Vertreters in den Verband ersucht, man habe aber eifersüchtig auf die Reinheit des Verbandes gehalten und den jung-ruthenischen Ruthenen Dr. Jaroszewicz nur als Hospitanten aufgenommen. Trotz der kleinen Zahl seiner Mitglieder habe der sozialdemokratische Verband die erste kurze Tagung bereits beherrscht. Die Sozialdemokratie habe das Parlament schon dahin gebracht, zum ersten Male anständig zu sein und einen eingeleiteten Genossen zu befreien. Der Kampf werde sich gegen das in Oesterreich, wenn auch latent, herrschende Panama richten, man werde zeigen, daß auch im österreichischen Parlament eine ganze Bande von Glücks- und Industriekritikern sitzt, die entlarvt werden müssen. Der erste Antrag von unserer Seite galt dem allgemeinen gleichen Wahlrecht. Es muß errungen werden, und wird in dem neuen Wahlrechtskampf, der über kurz oder lang entbrennen muß, errungen werden. Die Partei habe auch selbstverständlich zur Sprachenveränderung Stellung genommen. Die Abgeordneten haben auch außerhalb des Parlaments eine rege Thätigkeit entwickelt. Kein sozialdemokratischer Abgeordneter habe ein Duell zu bestehen gehabt (Große Heiterkeit), aber auch keine Abbitteleistung. Als die Gschmann, Altemann, Mitterneger mit ihren antisemitischen Gemeinheiten an uns herantraten, da bekamen wir aus einem Augenblick, ob wir nicht die „Waischenpolitik“ befolgen sollten, die uns hier und da anempfohlen war. (Heiterkeit.) Wir haben uns aber gegert, wir wollten mit der Waischenpolitik nicht den Anfang machen, wollen erst die moralischen Kampfmittel erschöpfen und die brutale Gewalt vermeiden. Also wir warten noch mit den — Waischen (Große Heiterkeit.) Wir haben auch nicht antichambriert. Wir haben uns an den wüsten Parnassen nicht beteiligt, aber gegen jede Verkürzung unserer Rechte protestiert. Wir werden uns auch in Zukunft so verhalten, dem Baden aber werden wir nicht aufhelfen, wenn er fallen sollte. Daß er Befehl eines Gedanken ist, hat Graf Badeni noch nicht bewiesen. Die Regierung war die Besiegte, als sie die Session schließen mußte. Ueber die Drohung mit der Abschaffung des Parlamentarismus erschrecken wir uns nicht. Im Parlament ist das Wort von der tausendjährigen Geschichte Oesterreichs gesprochen worden. Für das Volk ist sie nur eine tausendjährige Geschichte von Tränen, Gallen, das nur durch den Raub an Oesterreich gefallen ist, soll eine geschichtliche Individualität haben. Schließen, das uns immer an die Uebermacht Preussens erinnert, uns immer an die Prügel mahnt, die wir von den Preußen bekommen, diese paar Fesseln Landes sollen eine geschichtliche Individualität sein? Es ist Lüge, nichts als Lüge. (Beifall.) Wir sind Autonomisten, aber Autonomisten im Sinne einer wahren Volkautonomie. Wir fordern ein freies Press- und Versammlungsrecht, eine freie weltliche Schule und für jeden das Recht, sich in seiner Muttersprache zu betheiligen. Unsere Autonomie bedeutet nicht die Auflösung der Nationen, wir haben nicht das Trennende hervorzuheben und die Nationalitätenhaber überwinden. Ich will keinen Wetterpropheten spielen, aber wir haben uns schon in schwierigeren Situationen befunden, wir können getroßt in die Zukunft blicken und werden in dem Kampfe und die Unterdrücker des Volkes vom Hals zu schaffen wissen. (Lebhafter Beifall.)

Ueber die Taktik der Partei hält hierauf Dr. Viktor Adler ein Referat. Wir haben in der parlamentarischen Vertretung ein neues Organ der Partei uns erobert. Die Qualität steht weit über der Quantität. Hätten wir ein wirkliches Wahlrecht, ein europäisches Wahlrecht, so befänden wir statt 14: 88 Abgeordnete. Die parlamentarische Vertretung steht in gar keinem Verhältnis zur Arbeiterschaft überhaupt, ja nicht einmal zur sozialdemokratischen völlig klassenbewußten Arbeiterschaft überhaupt. Deshalb muß die Taktik der Partei aus dem Volke heraus bestimmt werden. Uns liegt es jetzt ob, drei Gefahren gegenüber zu treten. Die erste besteht in der wieder zunehmenden Verdrümmung und Verpöschung. Die Christlich-Sozialen leisten der Verpöschung nur Vorschub. Herr Lueger empfiehlt sich jetzt weniger als Bekämpfer des jüdischen Kapitalismus, sondern als der Art, der das einzige sichere Mittel gegen die vaterlandslose Sozialdemokratie in der Hand hat. Er möchte die Arbeiterschaft als Schulpferd reiten, es bändigen und in gemessenen Trab gegen den jüdischen Mammonismus bringen für den Christlichen, der auch jüdisch ist. Heute haben die Liberalen mehr Angst vor der Verpöschung, als die Arbeiter. Die Arbeiter werden aber ihren Mann stehen. So stark ist Oesterreich nicht, als daß es einen Sturm aushalten könnte, wie der sein würde, der toben würde, sollte mit der Verpöschung wieder Ernst gemacht werden. (Beifall.) Das zweite, was uns obliegt, ist die Befestigung des Nationalitätenbundes. Die Aufgabe hätte längst der Bourgeoisie obgelegen, sie hat sich unfähig dazu erwiesen. Wir haben den Begriff des Internationalismus weiter entwickelt, denn Oesterreich ist die Experimentierkammer des Internationalismus, nach dem heutigen Zustand vielleicht besser gesagt, die Sudellücke. Das Problem, daß die Bourgeoisie nicht zu lösen vermag, wird die Sozialdemokratie lösen, und sie ist auf dem Wege dazu. Datschnski hatte Recht, als er im Parlament sagte: Ich bin Pole und internationaler Sozialdemokrat. Das ist die Lösung. Sie würde leichter sein, wenn man uns hüch allein ließe. So aber besteht die Gefahr, daß sich die Arbeiter, durch die Opposition gegen die Regierung und alle staatliche Autorität, die dem Arbeiter immer gefährlich, von den Deutsch-Nationalen einsaugen lassen. Wir müssen ein enges Gefüge der sprach- und verschiedenen Arbeiterschaft schaffen. Das geht aber nicht mit Uniformierung, sondern nur unter Berücksichtigung der praktischen Verhältnisse. Der internationale Standpunkt wird das wichtigste in Weltreligionskämpfe der Sozialdemokratie sein. Bei der Sprachenverdrümmung hat sich Baden, der uns als ein sehr pflüger Bursche empfohlen war, als sehr schlechter Händler erwiesen. Die Leute leben vom Nationalitätenworts wie die Raben vom Käse, aber er mußte ein paar Konzeptionen machen, um den Staatskassen ein paar Schritte weiter schieben zu können! Er dat die Jungehehen gewonnen, ist aber ihr Gefangener;

er hat die Deutschen vor den Kopf gestoßen und diese Jammerkerle, von denen kein Hund mehr ein Stück Brot nahm, wieder in die Mühle der Selben gebracht. Sie sehen wieder etwas republikanisch aus, so daß sie wieder unter anständige Leute gehen können. Wir waren mit der Sprachenverdrümmung in manchen Stücken einverstanden, wir durften aber das Kabinett Baden nicht stärken, umsoweniger als der Lueger wieder eine seiner gewöhnlichen Verdrümmereien dabei verübt hat. Die dritte Frage, die in den Vordergrund unserer Parteitaktik treten muß, ist die Frage des Arbeiterkampfes im weitesten Sinne des Wortes. Sie ist hinter dem Kampf ums Wahlrecht etwas zurückgetreten. Wenn die Regierung demnach die Verlängerung des Wahrgesetzes verlangen wird, werden wir gegen den Militarismus ganz energisch Stellung nehmen. Es handelt sich hier auch um physischen Arbeiterschutz; den Antrag, daß die Familien der Militärpflichtigen für den Lohnentgang entschädigt werden sollen, werden wir unterstützen. Redner kündigt schließlich für den Herbst eine starke Bewegung für die Erringung des allgemeinen Wahlrechts für den Gemeinderath von Wien an. Der Anwalt des christlichen Volkes soll endlich einmal gestraft werden, was er für die Ausbreitung des allgemeinen Wahlrechts bisher getan hat. Die Herren sehen ja jetzt mitleidig lächelnd auf die Sozialdemokratie herab, wenn sie unsere Partei so gering schätzen, brauchen sie uns ja nicht zu fürchten und können das allgemeine Gemeinde-Wahlrecht einführen. Die Sozialdemokratie ist die wichtigste Partei in Oesterreich. Man nennt uns die Partei Volkentumfächler. Aber die Gegner sind Utopisten, weil sie glauben, die jegliche Schweinewirtschaft könne aufrechterhalten werden. Wir sind Realisten im besten Sinne des Wortes. Das unsere Partei auch einen wissenschaftlich festen Boden hat, ist ihr noch neubehauptet vertheilt. Die anderen machen uns ja nur alles nach, die Christlich-Sozialen sind nur die Affen der Sozialdemokratie. Sie bringen aber nicht fertig, sie führen arbeiterfreundliche Phrasen im Munde, aber sie thun nichts für wirklichen Arbeiterschutz. Wir allein können die Arbeiter kräftig genug machen, mit dem Kapitalismus auszuräumen. (Lebhafter Beifall.)

In der nun folgenden Diskussion macht sich fast allgemein Zustimmung zu den beiden Referaten geltend. Brod-Wien greift den Genossen Adler an, weil er angeblich nicht scharf genug gegen die Antisemiten vorgehe und jüdische Elemente in der Partei zurückdränge, nur um nicht in den Verdacht der Judennechlichkeit zu kommen. Das jüdische Proletariat werde zu wenig berücksichtigt von der sozialdemokratischen Bewegung. (Widerpruch.) Gerade durch Adler und den deutschen Abg. Singer sei es verhindert worden, daß der Brüsseler Kongreß gegen den Antisemitismus Stellung genommen habe. (Widerpruch.)

Engelbert Bernerstorfer knüpft an die eben gehörte Rede Brod's an. Die Taktik, die Antisemiten etwas zu schonen, war berechtigt, so lange die liberale Koalition am Ruder war. Heute ist eine andere Taktik gegen die Antisemiten, die ihr plätschendes Gepräge unwehentlich zur Schau tragen, selbstverständlich. Wir sind ebenso selbstverständlich für volle Gleichberechtigung aller Juden, nur nicht für die Gleichberechtigung, welche gewisse Juden selbst verlangen. Es giebt nämlich Juden, welche die Gleichberechtigung sofort verweigern glauben, wenn sie nicht erreichen, was sie erreichen wollen. So hat mir Genosse Adler von einem Juden erzählt, der sich verlegt fühlte, weil er oder sein Sohn nicht General geworden ist. Wir machen dem Juden in der Partei keinerlei Schwierigkeiten, aber wir können ihm doch nicht nur, weil er ein Jude ist, sofort eine führende Stellung einräumen. Vor zwölf Jahren war die Sozialdemokratie noch von dem reichlichen und blutigen Internationalismus erfüllt, jetzt steht sie auf dem Boden des realistischen Internationalismus und ich habe mich ihr deshalb angeschlossen. Nicht von der Humanität durch die Nationalität zur Bestialität wollen wir, sondern von der Bestialität durch die Form der Rationalität zur Humanität. Die Nationen sollen einem großen blühenden Garten gleichen, wo die verschiedensten Früchten das Auge erfreuen. Alles Gute, was ich vom Himmel für meine Nation herabwünsche, wünsche ich auch den anderen. Ich hoffe, die Uebersetzung wird sich bald überall Bahn brechen, daß man ein trefflicher Deutscher, ein guter Slave, ein braver Italiener und dabei doch ein leidenschaftlicher internationaler Sozialdemokrat sein kann. (Stürmischer Beifall.)

Die weitere Debatte wird um 2 Uhr nachmittags auf Dienstag früh 9 Uhr vertagt.

Parteitag für Schlesien und Posen.

Ueber den Parteitag der Sozialdemokratie der Provinzen Schlesien und Posen, der am ersten Pfingstfeiertag in Langenbielau zusammentrat, wird uns berichtet:

Reichstags-Abgeordneter Kühn aus Langenbielau eröffnete den Parteitag mit einer Begrüßung der Delegierten. In das Bureau wurden als Vorsitzende Bruns aus Breslau und Kühn aus Langenbielau gewählt, als Schriftführer Peis aus Langenbielau und Degner aus Posen. Vertreten waren 23 Wahlkreise durch 47 Delegierte, davon zwei aus der Provinz Posen. Ferner war der Reichstags-Abgeordnete Tuhauer anwesend. (Die übrigen schlesischen Abgeordneten, Möller und Schoenlant, waren am Erscheinen verhindert.)

Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: „Agitations- und Organisationsfragen“ wurde in eine Generaldiskussion eingetreten, worin hauptsächlich die verschiedenen Formen der Organisation lebhaft besprochen wurden; Genosse Dr. Winter-Königsbütte berichtete über den oberschlesischen Industriebezirk, die große Schwierigkeit der dortigen Agitation darlegend. Die Polen seien wohl für unsere Ideen empfänglich, aber die Behörden bereiteten der Bewegung große Hemmnisse. Der Bevölkerung sei beibringt worden, daß alles Sozialdemokratische und Gewerkschaftliche verboten sei. Ein seit zwei Monaten gemietetes Lokal habe man infolge der Drangsalierungen noch nicht benutzen können. Die politische sozialdemokratische Partei kammere sich zu wenig um Oberschlesien. Redner fordert vom Parteitag eine energische Resolution gegen das Verhalten der Polizeibehörden in Oberschlesien. Auf einen Wunsch der Pölniger Parteigenossen nach mehr Agitatoren bemerkt unter anderen Rednern Tuhauer, daß er häufig von Berlin nach Breslau fahre, aber noch niemals sei er aufgefordert worden, an einem auf seiner Tour liegenden Orte zu sprechen. Man möge also erst die vorhandenen Agitatoren genügend ausbilden. Unglaube der Wunsch für Grünberg eine agitatorische Kraft.

Annahme findet ein Antrag Geiser, wonach Schlesien in zwei Bezirke zu theilen ist mit zwei Bezirks-Vertrauensleuten an der Spitze. Der Bezirk Breslau soll die Kreise 1-8 des Regierungsbezirks Breslau umfassen, außerdem ganz Oberschlesien, während der Bezirk Langenbielau die Kreise 9-13 des Regierungsbezirks Breslau und den ganzen Regierungsbezirk Liegnitz umfassen soll.

Eine entschiedene Protestresolution Dr. Winter's gegen das Vorgehen der oberschlesischen Behörden findet einstimmige Zustimmung.

Ebenfalls folgender Antrag der Brieger Genossen: Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion wird beauftragt, nach vor dem Schluß des jetzigen Reichstages die Befreiung in Schlesien häufigen Konfiskationen von Wahl- und sonstigen Flugblättern, welche von den verschiedenen Behörden, oft ohne jeden nachweisbaren gesetzlichen Grund, verfaßt worden sind, zur Sprache zu bringen. Ferner sollen diejenigen Behörden beim Beamten, welche ohne gesetzlichen Grund Konfiskationen von Flugblättern anordnen oder vornehmen, schadenersatzpflichtig gemacht werden.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betrifft die Aufstellung von Reichstagskandidaten für Schlesien und Posen. Ohne besondere Diskussion werden für Nieder- und Mittelschlesien folgende Kandidaten aufgestellt:

Wahlkreis.	Kandidat.
1. Ohraun-Steinau	Giesmann-Breslau.
2. Müllisch-Tröbnitz	Langner-Breslau.
3. Wartenburg-Oels	Giesmann-Breslau.
4. Ranslau-Brieg	Schäly-Breslau.
5. Ohlau-Nimptsch	Schäly-Breslau.
6. Breslau (Ost)	Tuhauer-Berlin.
7. Breslau (West)	Schoenlant-Leipzig.
8. Breslau-Neumarkt	Schäly-Breslau.
9. Striegau-Schweidnitz	Feldmann-Langenbielau.
10. Waldenburg	Möller-Weimar.
11. Reichenbach-Neurode	Kühn-Langenbielau.
12. Glatz-Habelschwerdt	Kühn-Langenbielau.
13. Frankenstein-Münsterberg	Kühn-Langenbielau.
14. Grünberg-Freystadt	Stolpe-Danzig.
15. Sagan-Sprottau	Stolpe-Danzig.
16. Groß-Glogau	Nieder-Halberstadt.
17. Habel-Bunzlau	Stolpe-Danzig.
18. Löwenberg	Stolpe-Danzig.
19. Sagan-Liegnitz	Brühns-Breslau.
20. Landeshut-Jauer	nicht erwählt.
21. Hirschberg-Schönau	Feldmann-Langenbielau.
22. Landau-Berlitz	bleibt den Görlicher Genossen vorbehalten.
23. Rothenburg-Hoyerswerda	nicht erwählt.

Für Oberschlesien ist die Kandidatenfrage noch nicht erledigt, den dortigen Genossen empfahl der Parteitag, für den Industrie-Bezirk den Genossen Schafse aus Juidau i. S. aufzustellen. In Posen ist Kandidat Franz Habel aus Odwig, während in Neustadt Schafse aus Breslau aufgestellt ist. Die übrigen oberschlesischen Kreise bedürfen noch der Regelung.

Für die Provinz Posen wird die Aufstellung der Kandidaten der polnischen sozialdemokratischen Partei überlassen.

Tuhauer erinnert dann daran, daß besonders zur Wahlzeit auch die Rasse der nötigen Stärkung bedarf, man möge also für Ausbringung von Geldern Sorge tragen. Kühn empfahl für gute Organisationen thätig zu sein, und auf den Wahltag selbst mehr Augenmerk zu legen, um den Vergewaltigungen und Fälschungen entgegenzutreten; alle Wahllokale müssen besetzt werden und die Tämmigen zur Wahl herangezogen werden.

Die etwaige Beteiligung der sozialdemokratischen Partei an den preussischen Landtagswahlen rief eine längere und lebhafteste Debatte hervor. Kühn empfahl die Beteiligung, um ein anderes Wahlrecht für den Landtag zu erreichen. Springer aus Langenbielau erklärte sich ebenfalls dafür. Michalis aus Waldenburg glaubt wegen der öffentlichen Stimmungabgabe nicht, daß sich viel Genossen beteiligen werden. Brühns-Breslau ist trotz aller Bedenken für Beteiligung an den Wahlen. Angeichts der gegenwärtigen Situation sei eine Stärkung der bürgerlichen Opposition notwendig. Das Wort „Kompromiß“ sei nicht so schrecklich, weil wir keine unserer Prinzipien aufgeben. Geiser und Tuhauer sprachen ebenfalls für Beteiligung. Letzterer erinnerte an das Wort Lassalle's: „Wählt Fortschrittler, damit sie sich blamiren“.

Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen: „Der Parteitag der Sozialdemokratie für Schlesien und Posen ersucht es als nötig, daß die sozialdemokratischen Wähler sich an den Wahlen zum preussischen Landtage beteiligen, daß sie eigene Wahlmänner-Kandidaten aufstellen und für dieselben kräftig agitieren. Im allgemeinen soll eine Beteiligung nur dort erfolgen, wo wenigstens einige Aussicht besteht, eine Anzahl eigener Wahlmänner durchzubringen. Der Parteitag fordert die Leitung der deutschen Gesamtpartei auf, einen Antrag im Sinne des Vorstehenden an den nächsten, in Hamburg stattfindenden deutschen Parteitag zu bringen, um eine grundsätzliche Entscheidung der Gesamtpartei zu dieser Frage herbeizuführen.“

Der vierte Punkt der Tagesordnung: „Unsere Presse“ rief eine besonders lebhafteste Debatte hervor, da die Brieger Genossen beantragt hatten, den „Proletarier“ und die „Volkswacht“ zu verschmelzen. Der Antrag wurde mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. Der verhältnismäßig unglückliche Stand der „Volkswacht“ erklärt sich zwar hinreichend durch die besonders harten Verfolgungen, mit denen sie kämpfen muß (in zwei Jahren hatte die „Volkswacht“ 81 Preßprozesse zu bestehen, wovon 46 mit Verurteilung endeten), aber ein großer Teil der Schuld trifft die Parteigenossen selbst, weil sie die „Volkswacht“ zu wenig unterstützen. Besser steht das Parteiblatt in Langenbielau. Kühn erklärte, daß der „Proletarier“ über 8000 Exemplare Auflage hat und einen kleinen Ueberschuß macht.

Zu diesem Punkte wurden folgende Anträge angenommen: „Die Preßkommissionen beider Parteizeitungen der Provinz werden an den betreffenden Ausgaborten gewählt und haben die Pflicht, auf dem Provinzial-Parteitag Bericht zu erstatten über den Stand der bez. Parteiblätter.“ „Der Provinzial-Parteitag erkennt die Notwendigkeit an, daß besonders für Breslau, im weiteren aber auch für die Provinz, das Breslauer Parteiblatt bestehen bleiben muß.“ Auf Antrag Kühn's aus Langenbielau wurden dann folgende Resolutionen beschloffen:

„Der am 6. Juni in Langenbielau versammelte Delegiertentag der Sozialdemokratie von Schlesien und Posen protestiert mit aller Entschiedenheit gegen jede Verschlechterung des Vereins- und Versammlungsrechtes; er ersucht es als ein natürliches Menschenrecht aller Staatsangehörigen beider Geschlechter, sich unbehindert, ohne Eingriffe irgend welcher Behörden versammeln, und in Vereinen verbinden zu können, zur Wahrung ihrer Interessen. Deshalb fordert der Delegiertentag, statt der, durch die Regierungsvorlage und die Anträge der konservativen Parteien des Landtages geplanten Vernichtung dieses natürlichen Rechtes, volle Freigabe desselben, wie es sich für ein so wohlhabendes Kulturland am Ende des neunzehnten Jahrhunderts eigentlich von selbst versteht.“

„Der Parteitag der Sozialdemokratie für Schlesien und Posen protestiert dagegen, daß durch das „Bürgerliche Gesetzbuch“ die in Deutschland geltenden Gesinde-Ordnungen nicht abgeschafft werden sind, und daß das Gesinde und die ländlichen Tagelöhner noch ferner unter diesen mittelalterlichen Ausnahmestimmungen leiden müssen. Der Parteitag fordert: als einfachen Akt der Kultur und Gerechtigkeit die Aufhebung der an Sklaverei mahnenden Bestimmungen und die Unterstellung der Dienboten und anderer ländlichen Arbeiter und Arbeiterinnen unter die Gewerbe-Ordnung.“

Brühns aus Breslau stellte noch fest, daß keine persönlichen Streitigkeiten vorgekommen, sondern die Parteianglegenheiten in sachlicher Form erledigt worden sind, und schloß ab dann den Parteitag mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Zweite General-Versammlung des Zentralvereins der Formier.

Gannover, den 6. Juni 1897. Im festlich geschmückten Saal des „Ballhof“ versammelten sich heute Nachmittag die Vertreter des Zentralvereins deutscher Formier. Anwesend sind 34 Delegierte, deren Mandate sämtlich für gültig erklärt werden. Der Hauptvorstand ist vertreten durch Müllner und Schwartz-Lübeck; der Ausschuss ist vertreten durch Clauser-Gannover.

Den Geschäftsbericht des Haupt-Vorstandes erstattet Th. Schwarz. Derselbe liegt gedruckt vor und entnimmt wir denselben, daß die Mitgliederzahl in der Berichtsperiode vom 30. September 1896 bis 1. Januar 1897 von 3977 auf 4285 gestiegen ist. Die gegenwärtige günstige Konjunktur und der Anbau des Unterwiesens haben wesentlich zur Vergößerung und Stabilität

der Mitgliederzahl beigetragen. Die günstige Geschäftslage hat zwar mehr Arbeit gezeichnet, indessen war es bei der noch schwachen Organisation der Formier unmöglich, wesentliche zur Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen zu erreichen. Von den 10 Streiks, an denen die Organisation in der Berichtsperiode beteiligt war, ist nur der Hensburger erfolgreich gewesen. 4 Streiks hatten einen theilweisen, 5 Streiks gar keinen Erfolg. Von den 10 Streiks waren 6 Abwehr- und 4 Angriffstreiks. Die Kosten dafür betragen 10 425,43 M. Für Gemahrgelde wurden vorausgibt 786,35 M., für den Rechtschutz 196,20 M. Der angefallene Helferfonds zur Unterstützung von Streikenden und Gemahrgelde beläuft sich auf 4979,26 M. In Ausführung eines Beschlusses der 1. Generalversammlung trat am 1. Jan. 1895 eine Arbeitslosen-Unterstützung für die Unterhaltung von Streikenden und Gemahrgelde beläuft sich auf 4979,26 M. In Ausführung eines Beschlusses der 1. Generalversammlung trat am 1. Jan. 1895 eine Arbeitslosen-Unterstützung für die Unterhaltung von Streikenden und Gemahrgelde beläuft sich auf 4979,26 M. In Ausführung eines Beschlusses der 1. Generalversammlung trat am 1. Jan. 1895 eine Arbeitslosen-Unterstützung für die Unterhaltung von Streikenden und Gemahrgelde beläuft sich auf 4979,26 M.

Partig-Berlin meldet sich gegen die Agitationsweise des Hauptvorstandes gegenüber dem Metallarbeiterverband. Besonders verurteilt er die Artikel im „Müch auf“, in denen der Metallarbeiterverband als Lieferant von Streikbrechern und der Cuertreiberei bezichtigt wird, wodurch sowohl den Indifferenten als auch den Hirsch-Dunder'schen willkommene Gelegenheiten zu Angriffen gegeben worden sei. Schließlich beanregt Redner die Abrechnung des Streikfonds.

Sandler-Gehresheim verteidigt die Haltung des Vorstandes gegen die Angriffe des Vorredners. In Düsseldorf und Köln haben die Metallarbeiter die Formerbewegung gehindert. Man steckt den Stärkeren heraus, um den Zentralverein der Formier in seiner Entwicklung zu hindern.

Schwarz weist die Ausführungen Partig's, den Streikfonds betreffend, entschieden zurück und führt alsdann aus: Wir haben keine Rücksicht zu nehmen gegenüber den Metallarbeitern. Wenn den Hirsch-Dunder'schen Anlaß zu Angriffen gegeben worden sei, so verschulde dies die „Metallarbeiter-Zeitung“, welche einen Privatbrief des Redners zum Abdruck brachte, ein Verfahren, das scharf verurteilt werden müsse. Die scharfe Schreibart des „Müch auf“ sei durch die Verhältnisse geboten gewesen. Auf einen groben Alog gehe die ein großer Red. Die Streitigkeiten werden erst dann aufgehört, wenn sich die Metallarbeiter einen anderen Redakteur anschaffen.

Claussen-Hamburg bezweifelt die Richtigkeit der im Bericht enthaltenen Angaben über die Höhe der Mitgliederzahl als auch der Stabilität derselben.

Schwarz erklärt, manche Fehler des Berichts seien der Kürze der Zeit geschuldet, welche für die Anfertigung desselben zur Verfügung stand; dasselbe gelte auch für die Statistik, deren Ergebnisse noch weiter verarbeitet werden müssen. Es sei leider nur eine oberflächliche Berechnung der Mitgliederzahl möglich, da das gesamte Material zu langsam eingeht.

Hannover, den 7. Juni 1897.

Die Diskussion über den Rechenschaftsbericht wird fortgesetzt und wendet sich fast ausschließlich der Erörterung der Streitigkeiten mit dem Metallarbeiterverband zu. Sodann erstattet **Claussen** den Bericht des Ausschusses. Am 1. April 1894 wurde ein Kartellvertrag mit dem Hierarchischen Metallarbeiterverband abgeschlossen; kurz darauf mit dem Verband der Gold- und Silberarbeiter das gleiche, nachdem bereits vorher mit den Verbänden der Schmiede und der Kupferschmiede dies geschehen. Da **L. Schwarz**, der bisherige erste Vorsitzende, das Amt des Geschäftsführers des „Volksboten“ in Lübeck übernahm, sah sich der Ausschuss veranlaßt, den Kollegen **Münzner** mit der Stellvertretung desselben zu betrauen. An Stelle des Kollegen **Schwarz** wurde alsdann **Claussen** zum Redakteur des „Müch auf“ gewählt. Mit der Frage des Uebertritts zum Metallarbeiter-Verband resp. zur Konferenz der Metallarbeiter in Hamburg hat sich der Ausschuss in zwei Sitzungen beschäftigt.

Auf den Antrag der Revisionskommission, für welche **Bremer-Braunschweig** berichtet, wird dem Hauptvorstand Decharge erteilt. Ueber den Bericht der Pressekommision findet eine Diskussion nicht statt.

Zum folgenden Punkt „Agitation“ spricht **Schwarz** unter Hinweis auf seine Ausführungen im Geschäftsbericht. Die großen Agitationstouren tugen nichts, weil die Wanderredner mit den örtlichen Verhältnissen nicht genügend vertraut sein können. Deshalb sind abgedruckte Agitationsbeispiele notwendig. Allgemeine Flugblätter erlangen gleichfalls der örtlichen Eigenart und bringen nicht den gewünschten Erfolg. In Schlesien wurde die Agitation unmöglich, da Lokale nicht zu erhalten waren. Die Statistik, deren Ergebnisse vorliegen, giebt ein Bild der Verhältnisse und zugleich Agitationsmaterial. In Stolp und Wolgast in Pommern, ebenso in Schlesien verdient der Formier 12—15 M. pro Woche. Aber selbst in vielen großen Städten kommen die Löhne nicht über 22—23 M. pro Woche hinaus. Alle Orte sollen Berichte einsenden, um Material zu liefern zu einer Broschüre über die Löhne, die Arbeitszeit, die Behandlung in den Biehereien, und so wirksames Material zur Agitation schaffen. **Müller-Berlin** schildert die Verhältnisse in Berlin, wofür 600 Formier dem Zentralverein angehören. Seit kurzem haben die Berliner auch in der Provinz gute Erfolge zu verzeichnen. **Redner** empfiehlt die Durchführung des Vertrauensmänner-Systems.

Partei-Nachrichten.

Der dritte Parteitag der polnischen Sozialdemokratie, der am Pfingstsonntag in Berlin zusammentrat, war von 24 Delegierten besucht. Neben den Polen Schlesiens und Posen's halten auch die in Berlin und Umgebung, Brandenburg, Frankfurt a. O., Hamburg, Leipzig und anderen deutschen Orten arbeitenden sozialdemokratischen Polen Vertreter gesandt. Neben dem überwachenden Polizeikommissar hatte der Polizeirath **Jacher** aus Posen, eifrig schreibend, Platz genommen. Aus den Berichten der Delegierten ging hervor, daß trotz der unerbötlichen Bekämpfung unserer Partei insbesondere durch Geistlichkeit und Adel doch ein Fortschritt der sozialistischen Propaganda unter den Polen zu verzeichnen ist. Die Einnahme des Parteivorstandes betrug 13 573 M., die Ausgabe 13 671 M., so daß nur ein geringfügiges Defizit vorhanden ist. Die „Gazeta Robotnicza“, das Organ der polnischen Partei, hat 6000 Abonnenten. Die Beschlüsse des Parteitages sind kurz zusammengefaßt folgende: Zur besseren Beschaffung von Geldmitteln werden die Bona, die bisher, mit Ausnahme Hamburgs, nur in polnischer Sprache gedruckt wurden, künftig zum Theil in polnischer und deutscher Sprache gedruckt. Der Parteitag wird von jetzt ab alljährlich abgehalten, um eine bessere Fühlung unter den Parteigenossen herzustellen. Mit Hilfe der deutschen Vertrauenspersonen soll eine Statistik der in den einzelnen Orten arbeitenden Polen aufgenommen werden. Die „Gazeta Robotnicza“ soll jährlich mindestens einmal ein Verzeichnis der Strafen veröffentlichen, die

über polnische Parteigenossen verhängt worden. Jeder Parteitag der deutschen Sozialdemokratie soll durch einen Delegierten besucht werden, der der polnischen Organisation angehört. Unter den Sachverständigen sollen vollständig geschriebene polnische Flugblätter vertheilt werden. Die Mitglieder der Partei sind verpflichtet, der Gewerkschaft ihres Berufs beizutreten, wenn eine solche am Orte besteht. Ueber die wirtschaftlichen Verhältnisse der polnischen Arbeiter sollen Erhebungen veranstaltet und die Ergebnisse derselben der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zugestellt werden. In allen Kreisen mit starker polnischer Arbeiterbevölkerung sollen bei der nächsten Reichstagswahl eigene Kandidaten aufgestellt werden; die Wahlagitacion in Oberschlesien soll durch einen geeigneten Genossen betrieben werden. Gegen die preussische Vereinsgesetz-Novelle und gegen die in Schlesien sibirische Versammlungsverbote wandte sich der Parteitag in sehr scharfen Resolutionen. Betreffs der Frage, wie sich die polnische Sozialdemokratie zu dem Begriff der polnischen Nationalität verhalte, beschloß der Parteitag, den darauf bezüglichen polnischen Antrag auf dem Londoner internationalen Sozialistenkongress in das Programm der polnischen sozialdemokratischen Partei aufzunehmen. Wegen der Artikel, die in diesen Tagen über die polnische Partei in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht worden sind, wurde eine Resolution angenommen. Ein Antrag, die „Gazeta Robotnicza“ von Berlin nach Posen zu verlegen, fand nicht die Zustimmung des Parteitages; ein anderer Antrag, die „Gazeta Robotnicza“ wöchentlich einmal erscheinen zu lassen, wurde bis zum nächsten Parteitag zurückgestellt. Vom nächsten 1. Mai an soll für die Agitation unter den Polen alljährlich eine eigene Wahlzeitung herausgegeben werden.

Aus der Wahl des Parteivorstandes gingen hervor: Redakteur **Morawski**, Revisor **Wojewoda**, Galvaniseur **Thiel**, Schuhmacher **Golibradzki** und Arbeiter **Hydzki**, sämmtlich in Berlin. Zu Revisoren bestimmte man **Verfuss**, **Kraszewski** und **Kaczmarek** in Berlin. Als Vertreter für den nächsten Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wurde **Morawski** gewählt. Beschlossen war noch die Einsetzung einer Kommission, die alle Beschwerden über den Vorstand und die Beamten der Partei erledigen soll; es kam jedoch nicht zur Wahl dieser Kommission.

Nach einem zündenden Schlußwort des Vorsitzenden **Verfuss**, worin er der Solidarität der polnischen Sozialdemokratie mit den Bruderparteien aller Länder Ausdruck gab, ging der Parteitag mit einem dreifachen, stürmischen Hoch auf die Sozialdemokratie aus.

Die „Freie Presse“ in Elberfeld erscheint vom 15. Juni an in vergrößertem Format.

Aus dem Elsaß. Im Gemeinderath von Mülhausen haben unsere beiden Vertreter, die Parteigenossen **Vueb** und **Hickel**, den Antrag gestellt, daß die Dienzeit der Ortsoberbeamten (der städtischen Steuerbeamten) von durchschnittlich 15 Stunden, die sie jetzt beträgt, auf 10 Stunden herabgesetzt werden soll. Ferner beantragten sie, daß den Gewerbegehilfen das Organ des Verbandes deutscher Gewerbegehilfen, das „Gewerbegehilfen“, auf Gemeindefosten geliefert werde.

Auch für Belgien ist Pfingsten das Kongressfest. Am Pfingstsonntag hatten die Sozialistischen Gemeinderäthe ihren ersten, und die Sozialistischen Gemeindevorstände ihren zweiten Jahreskongress. Auf beiden Kongressen, die in Brüssel tagten, verhandelte man sich über eine Reihe von praktischen Fragen.

Außerdem fanden in Belgien während der Pfingsttage zahlreiche Agitationstouren und Versammlungen statt. Und die Anwesenheit einer Anzahl Siller Genossen, darunter unser Freund, der **Maire Delors**, gab am Pfingstsonntag in Brüssel Anlaß zu einem großartigen Verbrüderungsfest französischer und belgischer Sozialisten.

Todtenliste der Partei. Eine treue Anhängerin unserer Partei, die Frau des Schuhmachers **Wohle** in Unter-Predeow bei Stettin, hat die Augen für immer geschlossen. Sie hat mit ihrem Manne, der 1887 auf Grund des kleinen Belagerungsstandes aus Stettin ausgewiesen wurde, alle Bitternisse des Exils durchlebt und doch den Glauben an den Sieg des Proletariats nie verloren. Ehre der Braven!

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Der Parteigenosse **Wietelary** in Erfurt, früherer verantwortlicher Redakteur der „Thüringer Tribüne“, hat am Pfingstsonntag das dortige Gefängniß nach eimonatigem Aufenthalt verlassen. Möge sich der wackere Kämpfer von den Strapazen des Gefängnislebens bald und vollständig erholen!

In Magdeburg hatte der Parteigenosse **Wethge** am 5. Juni die zweimonatige Gefängnisstrafe verbüßt, die ihm wegen Richterbeleidigung, begangen durch die Presse, auferlegt worden war.

Die „Aemlich-Wesfälische Arbeiter-Zeitung“ hatte in der Nummer vom 20. Februar mitgeteilt, daß der **Wendarm Müller** seit einiger Zeit verschwunden sei, trotzdem sein Urlaub längst abgelassen wäre. Mütter hat wegen dieser Mittheilung, trotzdem dieselbe von der „Aemlich-Wesf. Arb.-Zg.“ bereits in der nächsten Nummer als unzutreffend berichtet worden ist, gegen den Redakteur **Leich** die Beleidigungsklage angestrengt, weil ihm Defektion aus dem **Wendarmrie-Korps** vorgeworfen worden sei.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Aktion, Puker! Auf den Bannern der Firma **Glasenapp**, Klopffochstraße, haben die Maurer wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Die Firma beabsichtigt, von den dort arbeitenden Pukern die Nacharbeiten ausführen zu lassen und dieselben in Accord zu vergeben. Wir appelliren an das Solidaritätsgefühl der Puker, daß sie den Streikenden nicht in den Rücken fallen und die Arbeit, welche allgemein von den Maurern ausgeführt wird, übernehmen. Die große Mehrheit der dort arbeitenden Puker hat sich mit den Streikenden solidarisch erklärt, es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß einige wankelmüthige Kollegen dem Vordrus der Firma Folge geben. Die Lohnkommission der Puker Berlins und Umgegend.

Deutsches Reich.

In **Worms** haben die Maurer, die bekanntlich gekündigt hatten, gestern die Arbeit eingestellt. 60 Bedienstete der elektrischen Straßenbahn haben wegen Verweigerung ihrer Forderungen am Sonntag die Arbeit niedergelegt.

Der **Fischerstreik in Hannover** ist mit heute, Mittwoch aufgehoben. 1108 Gesellen in 104 Geschäften arbeiten zu den geforderten Bedingungen. 68 Gesellen haben die Forderungen nicht durchgesetzt. Die Zunung blieb förmlich; ihre Mitglieder beschäftigen aber zum großen Theil keine Gesellen.

In den **Differenzen im Erfurter Baugewerbe** ist anscheinend eine Verröderung eingetreten. Die Arbeitervereinigung machte den seit sieben Wochen streikenden **Zimmerleuten** das Angebot einer 18prozentigen Lohnerhöhung, jedoch nicht offiziell, sondern in Form einer Mittheilung, die der „Allgemeine Anzeiger“ brachte. Die Zimmerer erklärten darauf durch Anschlag an den Plakatsäulen, daß sie mit diesem Angebot einverstanden wären. Von den Maurern, die wegen der Unterbindung des Zimmerstreiks ausgesperrt wurden und die dann die früher vertragenen Forderungen wieder aufstellten, arbeiten 30 zu den neuen, von ihnen verlangten Bedingungen. Aussperrt sind noch 210 Verheirathete (mit 448 Kindern) und 16 ledige Maurer, wozu noch 20 Maurer kommen, deren Kündigungstermin inzwischen abgelaufen ist. Abgereist sind 8 Aussperrte. Indifferent verhalten sich 30—35 Maurer.

Der **Zimmerstreik in Öppingen** in Württemberg ist am 4. Juni durch Vergleich beigelegt worden. Erreicht ist neben anderem der **Zehnstundentag**, jedoch erst vom 15. März 1898 an, und eine sofortige Lohnerhöhung von durchschnittlich 10 pCt.

Von den **Töpfern in München** stehen noch 116 im Streik; 80 arbeiten zu den neuen Bedingungen.

Ausland.

In **Wien** hat der angeführte Streik der **Pferdebahn-Angestellten** am Pfingstsonntag begonnen, da die Zugstände

der Gesellschaft als ungenügend befunden wurden. In einer Besannmachung erklärt die Gesellschaft die Streikenden als entlassen und die Zugstände als erledigt; nur wenn die Staatsbehörden es wünschen, würden diese Zugstände wieder erneuert werden. Die Zahl der Streikenden wird etwa 8000 betragen.

Dagegen ist die Bewegung unter den Angestellten der beiden **Omnibusgesellschaften** (General Omnibus Company und Österreichische Omnibusgesellschaft) durch Vergleich beendet und dadurch der Streik vermieden.

Auf dem **dritten Kongress des schwedischen Holzarbeiter-Verbandes**, der kürzlich in Stockholm abgehalten wurde, waren 55 Vereine mit 8446 Mitgliedern vertreten. Der letzte Kongress war 1894. Damals bestanden nur 23 Vereine mit 975 Mitgliedern. In den letzten 3 Jahren hat der Verband 11 000 Kronen für Lohnkampfe aufgewandt. Nach der vorgelegten Lohnstatistik beträgt der höchste Lohn 18 Kronen die Woche, der niedrigste 12 Kronen. (1 Krone ist nach deutschem Gelde 1 M. 12 1/2 Pf.)

Der **internationale Bergarbeiter-Kongress** in London begann am Pfingstmontag bei Anwesenheit von 68 Delegierten, die 1 050 000 deutsche, englische und französische Bergarbeiter vertreten. Die Vertreter von ca. 100 000 Belgiern werden noch erwartet.

Soziales.

Zum **Jahresbericht des Fabrikinspektors** in Meiningen wird uns geschrieben:

Die denkbar mangelhafteste Fabrikinspektion hatte bis vor kurzem Meiningen. Den Lesern des „Vorwärts“ wird dies nicht unbekannt sein; mindestens dürfte denselben in Erinnerung sein, daß Genosse **Seige** in Pönned ob seiner die Thätigkeit des meiningischen Fabrikinspektors in humoristischer Weise auf dem Frankfurter Parteitage tabulardarstellungen wegen Beleidigung des betr. Beamten zu 6 Wochen, die Verfasser des Protokolls des Frankfurter Parteitages aber, die Genossen **Paake** und **Luz**, zu je drei Monaten Gefängniß verurtheilt wurden. Der Herr Fabrikinspektor **Vergrath** **Bollhardt** hatte durch diese Verurtheilungen zwar Genugthuung erhalten, die Gerichtsverhandlung ergab aber auch zur Evidenz, daß der Mann den ihm übertragenen Aufgaben nicht gewachsen war. Dies mochte denn auch für die Meiningen'sche Regierung, die in diesem Punkte allen Vorstellungen im Landtage äußerst kühl gegenüber gestanden hatte, Anlaß genug sein, der Sache ein Ende zu machen. An Stelle des scheidenden alten Herrn **Bollhardt** trat **Baurath** **Gehorn**, dem bis dahin die Kesseldreiwion im Herzogthum übertragen war, welchen Amtes er, neben dem Fabrikinspektorat, jezt auch noch waltet. Am 29. Reisetage inspizirte der neue Herr Fabrikinspektor im ganzen 76 Anlagen und seinen kritischen Bemerkungen nach zu schließen ist zu hoffen, daß der Mann für den Posten nicht ungeeignet sein dürfte.

So fällt demselben vor allem der ungemein hohe Zuwachs der jugendlichen männlichen und weiblichen Arbeiter auf; allerdings stieg die Zahl derselben im Berichtsjahre von 1669 auf 2177 oder um 508! Doch liegt auch die Zahl der über 16 Jahre alten Arbeiterinnen im Berichtsjahre von 4276 auf 5426, also um etwa 27 pCt.! Ebenso sind die bewilligten Ueberstunden für Arbeiterinnen recht beträchtlich, denn für 1743 Arbeiterinnen wurden 77 083 Ueberstunden an 1634 Tagen bewilligt; der Löwenantheil der Ueberstunden, und zwar 37 219, entfällt auf 18 Anlagen der Textilindustrie und scheint es demnach gar nicht so schwer zu halten, bei der vorgelegten Behörde Erlaubniß zur Ueberarbeit zu erhalten. An Sonntagen arbeiteten mit behördlicher Erlaubniß 343 Arbeiter 5630 Stunden und von diesen entfallen 60 pCt. allein auf die Porzellanindustrie. Recht bezeichnend, und die alte Forderung der Sozialdemokratie betreffend die Ueberwachung der Hausindustrie begründend, sind folgende Auslassungen in dem Berichte: Von einem Unternehmer der Puppenfabrikation wurde dem Aufsichtsbeamten gegenüber lebhaft darüber klage geführt, daß die Hausindustrie, welche den beschränkenden Bestimmungen über die Arbeitszeit der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter nicht unterworfen sei, den kleineren Fabrikanten einen für die Dauer nicht zu ertragenden Wettbewerb bereite. Zudem würden die jungen Leute noch vielfach während der Abend- und Nachtstunden zur Arbeit in den Häusern herangezogen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine solche Ueberauspannung der Kräfte nachtheilige Wirkungen auf die Entwicklung der jungen Leute ausüben muß. Das sind jedenfalls recht verständige Worte, denen die Ermahnung an die Arbeiter vorangeht, sich jederzeit vertrauensvoll an den Fabrikinspektor zu wenden, auch außerhalb der Fabrik, „denn dieser könne zu einer gedeihlichen Thätigkeit das Vertrauen der Arbeiter nicht entbehren.“

Genüß weiß auch der diesjährige Bericht recht empfindliche Lücken auf, so fehlt beispielsweise jeglicher Nachweis über Löhnung und Ernährungsweise der Arbeiter, über die Anzahl der beschäftigten erwachsenen männlichen Arbeiter u. s. w., jedoch ist der Umstand zu erwägen, daß der neue Beamte nur erst kurze Zeit im Amte und die Anzahl der bis jezt residirten Classissements eine verhältnißmäßig kleine ist. Es haben darum auch die am Schluß des Berichts über die leider oft vermißte Heiklichkeit in den Werksstätten, die Wohnräume, die Garderoben, die Sauberhaltung der Bedürfnisanstalten etc. gebrachten allgemeinen Bemerkungen lediglich insofern Bedeutung, als man vermuthen darf, daß der neue Fabrikinspektor auch ein Auge und Verstand für Dinge hat, die vielfach wohl als nebensächlich selbst seitens der Arbeiter betrachtet werden. Wollen wir darum hoffen, daß der Wechsel in der Verwaltung des Fabrikinspektorats einen Fortschritt für die Arbeiterthätigkeit Meiningens bedeutet.

Depeschen und letzte Nachrichten.

München, 8. Juni. (B. D.) Heute früh 9 Uhr wurden in der Gollentstraße auf einem Reubau vier Arbeiter durch eine einstürzende Mauer verschüttet. Drei davon sind schwer, einer leicht verletzt unter den Trümmern hervorgezogen worden.

Wannheim, 8. Juni. (B. D.) Bei der Station Neckargemünd sind gestern zwei Güterzüge auf einen Lokalzug gestoßen. Mehr Passagiere wurden verunndet.

Wannheim, 8. Juni. Der Kopploirist **Tremmel** von der Holzhandlung Holzmann und Kaufmann ist nach Unterfalgung zweier Geldbriefe im Werthe von 5000 M. räthig geworden.

Wien, 8. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Parteitag erklärte sich mit überwältigender Mehrheit gegen 10 Stimmen mit der Taktik der Parteileitung in der Fraktion einverstanden. Zahlreiche Anregungen für die Fraktion wurden dieser an bloc überwiesen. Agitation zur Erringung des Landtags- und Gemeindevahlrechts, sowie Kampf gegen die Alerikalisation der Schule und gegen die den Befreiungskampf des Proletariats hemmenden Geistlichen wurde beschlossen. Befürwortet wurde, den parlamentarischen Aktionen durch Volksbewegungen Nachdruck zu geben. Morgen wird über die Partei-Organisation berathen.

Wien, 9. Juni. (B. D.) Das heute ausgegebene Bulletin besagt, daß der Zustand der **Tragödin** **Charlotte Welter** hoffnungslos und der Tod hündlich zu erwarten ist.

Kopenhagen, 8. Juni. (B. L. B.) Die in Folge von Lohnstreitigkeiten zwischen den Fabrikanten und Arbeitern der Eisenindustrie seit einiger Zeit beschlossene Ausschließung von Arbeitern soll, wie verlautet, morgen um Mitternacht in Kraft treten. Von der Ausschließung wurden über 4000 Arbeiter betroffen.

Stavanger (Norwegen), 8. Juni. (B. L. B.) In dem in der Nähe gelegenen Städtchen **Sandnaes** brach gestern Abend ein Feuer aus, durch welches dreißig Häuser zerstört wurden.

London, 8. Juni. (B. L. B.) Der internationale Bergarbeiter-Kongress wurde gestern in Anwesenheit von 68 Delegierten eröffnet, welche insgesamt 1 050 000 deutsche, englische und französische Bergarbeiter vertreten. Ein weitere Abordnung, welche 100 000 belgische Bergarbeiter vertritt, wird heute erwartet.

Wag Rading in Berlin. **Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.**

Ankerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Glasarbeiter und Arbeiterinnen

tagte während der Pfingstfeiertage in Stralau.

1. Verhandlungstag.

Die Verhandlungen werden durch Fischer, Färth und Kaufmann o. L. Stralau geleitet. Anwesend sind 36 Delegierte, welche 44 Mandate auf sich vereinigen.

Der Verbandsvorsitzende Gebel führt aus: Als im Streifjahr 1890 die Genossenschaft zuerst angeregt wurde, war man allgemein der Ansicht, daß im Falle einer Niederlage der Verband dem Unternehmen maßregeln.

2. Verhandlungstag.

Die Debatte über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt. Es sprechen noch eine Anzahl Redner gegen den Vorstand und Ausschuss sowie gegen Beteiligung des Verbandes an der Glashütte.

Generalversammlung spricht sodann dem Verbandsvorstand ihre Enttäuschung aus über den groben Vertrauensbruch, und zwar geschieht dies mit 26 gegen 17 Stimmen, während dem Ausschuss die Billigung der Versammlung mit 31 gegen 13 Stimmen ausgesprochen wird.

Es folgt dann die Bekanntgabe der Abrechnungen vom 1. bis 4. Quartal 1896, soweit der Vorstand im Stande war, dieselben aufstellen zu können.

Konferenz der Ziegeleiarbeiter der Provinz Brandenburg.

Werder, 6. Juni.

Anwesend sind 18 Delegierte aus 8 für die Ziegelindustrie bedeutendsten Orten, ferner der Kassirer des Verbandes der Zöpfer, Kaulich, Berlin, und der Vorsitzende Jacobey, ein Mitglied der Agitationskommission der Zöpfer, Kestner, und der Reichstags-Abgeordnete für Westhavelland Heinrich Peus.

Auf die Tagesordnung werden folgende Punkte gesetzt: 1. Bericht über die Lage der Ziegelei-Arbeiter in den einzelnen Orten.

2. Die Nothwendigkeit der Organisation und wie kommen wir zu einer solchen? 3. Anträge und Verschiedenes.

Kaulich-Berlin hält eine einleitende Ansprache, in der er hervorhebt, daß es lange her sei, daß die Ziegelei-Arbeiter zu solcher Zusammenkunft zusammengetreten seien.

Die dann folgenden, theils ziemlich umfangreichen Berichte der Delegirten gaben ein ungemein düsteres Bild der sozialen Verhältnisse der Ziegler.

Im allgemeinen wird der Lohn als unzureichend bezeichnet, trotzdem er in diesem Jahre höher ist als in den vorhergegangenen. Leider zeigten die Arbeiter sehr wenig Verständnis für ihre Lage.

Es ist nicht Seltenes, daß von morgens 4 bis abends 9 Uhr gearbeitet wird. Eine so ausgedehnte Arbeitszeit bei so schwerer Arbeit muß, wie hervorgehoben wurde, einen ganz schrecklichen Kräfteverbrauch zur Folge haben.

Die hiesigen Arbeiter werden daher oftmals nicht eingelassen, da sie Lebensmittel und Getränke zur Arbeit mitbringen. Sind hiesige Arbeiter eingelassen, so sehen sie sich oft genöthigt, doch zu kaufen.

Die Arbeitszeit ist dort auch nicht mehr eine so unmäßig ausgedehnte, ist regelmäßig und wird die Arbeit, was von den betreffenden Berichterstattern als bedeutendster Vorzug hervorgehoben wurde, im Winter nur ganz kurze Zeit, theilweise überhaupt nicht mehr unterbrochen.

Ueber den 2. Punkt der Tagesordnung, die Nothwendigkeit der Organisation, hielt Kaulich ein kurzes Referat.

In der nach der Mittagspause beginnenden Diskussion spricht Heimlich-Werder über die Erfahrungen, die mit den eingegangenen Organisationen der Ziegler gemacht sind.

Kaulich erklärt, daß die Zöpfer sich freuen werden, wenn die Ziegler so kräftig werden, daß sie später eine eigene Organisation schaffen können.

Reichstags-Abgeordneter Peus fährt eingehend die Gründe vor, die den Ziegelei-Arbeiter so schwer zugänglich machen. Er erkennt an, daß wie bei den Bäckern, auch für die Ziegelei-Arbeiter die baldige Prüfung eines Maximalarbeitstages dringend nothwendig sei.

Beim dritten Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, eine Agitationskommission mit dem Sitz in Werder einzusetzen. Eine Resolution, welche die Delegirten verpflichtet, für den Eintritt der Ziegelei-Arbeiter in den Zöpferverband zu wirken, wird einstimmig angenommen.

Lokales.

Die Wahlen des Dreiklassen-Systems bei den Berliner Kommunalwahlen werden von Jahr zu Jahr üppiger. Im Jahre 1896 (dessen Zahlen dem eben von der Stadtverordneten-Versammlung angenommenen Entwurf einer Neueinteilung der Kommunal-Wahlbezirke als Grundlage gedient haben) hatte die I. Abtheilung 1949, die II. 9046, die III. 289 464 Wahlberechtigte.

die III. 166 086 Wahlberechtigte. Jedem Wähler der I. Abtheilung standen damals 5 der II. und 52 der III. gegenüber.) Die Verschiebung zu gunsten der I. und II. und zu ungunsten der III. Abtheilung, das heißt zu gunsten einiger weniger Geldsachinteressenten und zu ungunsten der Arbeiterklasse, ist besonders in dem letzten Jahrespaar ganz außerordentlich gewesen.

Der Abstand zwischen der Wählerzahl der III. und denen der II. und I. Abtheilung muß selbstverständlich in den nächsten Jahren noch größer werden. Den Berliner „Kommunalreform“ hat aber diese Ungleichheit bisher sehr viel weniger beunruhigt als die (jezt gemilderte) Ungleichheit der Wahlbezirke innerhalb jeder Abtheilung.

Beachtet man übrigens hinsichtlich der Wählerzahl der drei Abtheilungen die einzelnen Stadttheile jeden für sich, so ergeben sich in manchen ganz eigenartige Verhältnisse, die auf die örtliche Gruppierung von Reich und Arm in Berlin ein interessantes Licht werfen.

Im Jahre 1896 zählte z. B. das ganze die diesseitige Luisenstadt mit Neu-Kölln sowie den östlichen und westlichen Theil der jenseitigen Luisenstadt umfassende Gebiet in der I. Abtheilung nur 89, in der II. 1409, in der III. dagegen 55 225 Wahlberechtigte.

Die Kindersterblichkeit ist in den einzelnen Stadttheilen Berlins sehr verschieden, — auch dann, wenn man die Sterbefälle von Kindern mit den Geburten desselben Stadttheils vergleicht.

Auf 1000 Geborene (für Siedelteil des gleichen, zwei Siedelteil des vorhergehenden Jahres gerechnet und Todtgeborene mitgezählt) kamen in ganz Berlin in den Jahren 1896: 297, 1895: 267, 1894: 245, 1893: 274, 1892: 260, also im Durchschnitt dieser 5 Jahre: 257 Sterbefälle von Kindern unter 1 Jahr (Todtgeborene ebenfalls mitgezählt).

Im Durchschnitt dieses Jahres kamen aber auf 1000 Geborene in den Ständekambezirken: Friedrichstadt nur 165, Schöneberger Vorstadt 183, westlicher Theil der Tempelhofer Vorstadt 187, Altstadt 208, diesseitige Luisenstadt mit Neu-Kölln 217, östlicher Theil der Tempelhofer Vorstadt 218, westlicher Theil der jenseitigen Luisenstadt 245, westlicher Theil von Moabit 254, westliches Stralauer Viertel 255, Spandauer Viertel 263, Draußenburger Vorstadt 266, südliche Rosenthaler Vorstadt 267, südliches Moabit 271, östlicher Theil der jenseitigen Luisenstadt 278, Adlige-Viertel 280, östliches Stralauer Viertel 282, nördliche Rosenthaler Vorstadt 285, Wedding 312 Sterbefälle von Kindern unter 1 Jahr.

Die auf den hiesigen Begräbnisstätten befindlichen Leichenhaken sind im Jahre 1896 zur Einstellung von 12 111 Leichen gegen 12 642 im Jahre 1895 benutzt worden. Die Zahl der Verstorbenen und Todtgeborenen betrug im Jahre 1896 34 060 gegen 33 279 im Vorjahre.

Die auf den hiesigen Begräbnisstätten befindlichen Leichenhaken sind im Jahre 1896 zur Einstellung von 12 111 Leichen gegen 12 642 im Jahre 1895 benutzt worden. Die Zahl der Verstorbenen und Todtgeborenen betrug im Jahre 1896 34 060 gegen 33 279 im Vorjahre.

„Austritt aus der „Religionsgemeinschaft“. In der Zeit vom 1. April 1896 bis 1. April 1897 sind, wie ein Berichterstatter meldet, aus der evangelischen Kirche 249 Personen austritten, aus der katholischen Kirche 50, aus dem Judenthum 60 Personen.

Die Große Berliner Pferdeeiisenbahn-Gesellschaft beabsichtigt eine Uahverbindung nach dem Westen und dem Centrum der Stadt herzustellen.

„Blauer Reich. Der agrarischen „Deutschen Tages-Zeitung“ wird geschrieben: Das sich konservativ nennende „Tellowere Kreisblatt“ hält es für angezeigt, urbi et orbi zu verkünden, daß der Rittergutsbesitzer Rudolf Mosse in sein neues Schloß zu Schenkendorf eingezogen ist.

„Vom Radverkehr während der Pfingstfeiertage. An den beiden Pfingstfeiertagen passirten, wie berichtet wird, in der Zeit von 7 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags die Brücke in Halensee 6521 Radler und 735 Radlerinnen.

Das Pfingstfest ist, wenn es auch nicht allzu sehr von der Witterung begünstigt war, dennoch ziemlich zur Befriedigung der Wirthschaft in den Vororten verlaufen.

Das Pfingstfest ist, wenn es auch nicht allzu sehr von der Witterung begünstigt war, dennoch ziemlich zur Befriedigung der Wirthschaft in den Vororten verlaufen.

Das Pfingstfest ist, wenn es auch nicht allzu sehr von der Witterung begünstigt war, dennoch ziemlich zur Befriedigung der Wirthschaft in den Vororten verlaufen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 9. Juni.
Neues Kgl. Operntheater (Kroll).
 Händel und Gretel. Phantasien im Bremer Rathsaal.
 Schauspielhaus, Rathen der Welfe.
 Deutsches, Einfame Menschen.
 Berliner, Die Maschinenbauer.
 Festung, Die Weibsa.
 Schiller, Papa Ritsche.
 Neues, Trilogie.
 Linden, Stroik-Giroka.
 Thalia, Nothe Zettel.
 Westen, Die Ungenossen.
 Friedrich-Wilhelms-Theater.
 Lehmann's Kriegs-Adventur im Orient.
 Belle-Alliance, Konstantinopel.
 Abend, Unsere Reichspost.
 Heidenz, Defort (Doord).
 Alexanderplatz, I. Die verunkelte Waise. II. Moritur mit a) Teja. b) Das ewig Weibliche. c) Trüben. III. Die Weibsa.
 Volks, Auf eigenen Füßen.
 Apollo, Sennas auf Erden.

Schiller-Theater (Wallner-Theater).
 Mittwoch, abends 8 Uhr: Papa Ritsche.
 Donnerstag, abends 8 Uhr: Deutsche Schwänke.

Ostend-Theater.
 St. Franziskanerstr. 132. Dir. G. Wehly.
 Heute und folgende Tage: Unsere Reichspost, Poststich mit Gesang in 4 Akten v. Kneifel. Musik v. C. Schiller. Anfang 7 1/2 Uhr. — Im Garten: Gr. Spezialitäten-Vorstellung, Konzert, Theater. Hugo Schütz, Instrumental-Solist. Anfang 6 Uhr.

Viktoria-Brauerei
 (Garten resp. Saal)
 Lützow-Strasse 111/112
 nahe Potsdamer Platz.
 Heute sowie täglich:
Stettiner Sänger
 (Mehfel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.)
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
 Im Vorverkauf sind Billets 1.40 Pf. und Familien-Billets 1.10 Pf. (für 3 Personen gültig) zu haben. (Siehe Plakate.)
 Jeden Sonntag u. Donnerstag nach der Soiree:
Tanz-Kränzchen.

Concordia Variété-Theater
 Brunnenstr. 154.
 Jeden Sonntag:
Grosse Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
 Immer neues Programm.
 Anfang 6 Uhr. Entree 30, refer. 50 Pf.
 Jeden Donnerstag:
Familien-Abend.
Gr. Theater-Vorstellung.
 Anf. 7 1/2 Uhr. Entree 25, refer. 40 Pf.
 Der Sommergarten ist nach Kaffee-tische geöffnet.

Urania,
 Tauben-Strasse 48-49.
 Naturkundliche Ausstellung
 täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
 Eintritt 50 Pf.
 Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.
 Quotenstr. 57/52 (Vehrer Stadt-Badhof): Täglich von 6 Uhr nachmittags ab bis 10 Uhr abends Stern-warte und Mondpanorama. Eintritt 50 Pf. Näheres die Tagesanschlüsse.

Passage-Panopticum.
 Die Kinder der Wüste.
 30 Personen.
 Vorstellung
 12, 5, 7, 9 Uhr.



Castan's Panopticum.
 Neu! Die elektrisch belebten und künstlich sprechenden Menschen.
 Neu! Menschen.
 Neu! und hochkomisch!

Volks-Theater
 31. Reichenberger-Strasse 31.
Sommer-Saison.
 Abends 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Auf eigenen Füßen.
 Gesangsstücke v. Vogl u. Wilken, Musik von H. Conradt.
 Vor der Vorstellung von 6 1/2 Uhr.
Garten-Konzert.
 Entree: Wochentags 30 Pf. bis 3 W. Sonntags 50 Pf. bis 3 W.

Olympia
 im Belle-Alliance-Theater
 Belle-Allianzstrasse 7A.
 8 1/2 Uhr:
G. Ottavio's Konstantinopel.
 Große orientalische Ausstattungs-Pantomime in gr. Ballet in 8 Bildern.
 Vorzugsbillets haben wieder Gültigkeit.

W. Noack's Theater
 Brunnen-Strasse 10.
 Täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
 Menschen vom Hofe.
 Schwant in 1 Akt von Jacobsohn.
 Novität! Die Zirkusfee. Novität!
 Operette in 1 Akt von E. Felsch.
 Musik von Feis Baselt.
 Im Saale:
Grosser Ball.

Konzert-Garten (3000 Personen) fassend.
 Schiller-Theater (Wallner-Theater) Berlin O., Wallnertheaterstr. 35.
Augenheimer Aufenthalt für Jung und Alt.
 Vereinen wie Gesellschaften empfehle ich den Garten zur Veranlassung von Sommerfesten etc. unter launlichen Bedingungen. 20655
K. Riefke, Restaurateur.

Apollo-Theater und Konzert-Garten.
 Auftreten des anerkannten Samoriten
Otto Reutter
 mit seinen aktuellen selbstverfassten Kompiets.
 Um 9 Uhr:
Venus auf Erden.
 Burlesk-phantastische Operette in 3 Akten in 1 Akt von Volken-Bäcker. Musik von Paul Linde. In Szene gesetzt vom Direktor J. Wlad.
 Ferner Auftreten v. Spezialitäten ersten Ranges.
 Kaffeeöffnung 6 1/2 Uhr. Konzert 7 Uhr.
 Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Konzerthaus Sanssouci,
 Kottbuscherstr. 1a. Jub. G. Bierd.
 Täglich:
Gr. Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
 im prachtvoll renovierten 1500 Personen fassenden Garten.
Ballhaus-Anna Badezu Hause
 u. f. w.
 Passe-partouts haben an den Wochentagen Gültigkeit. — Familien können Kaffee kochen.

Schweizer Garten
 Am Königsdamm u. Friedrichshalm.
Täglich! Täglich!
Theater- und Spezialitätenvorstellung
 Volksbelustigungen aller Art.
 Täglich: Ball. Entree 30 Pf.
 Im Juli sind 2 Sonnabende freigeworden, welche an Vereine zu Sommerfesten z. verg. sind.

Puhlmann's Vaudeville-Theater
 Schönhauser Allee 148.
 Kapanien-Allee 97-99.
 Täglich:
Mannschaft an Bord.
 Komische Operette in 1 Akt.
Amelia Brand, Verlobungs-Soubrette. Paul Petras, Genil. Jongleur. Martinus, Gesangs- u. Tanz-Duettisten. Barbarina, Ballet-Ensemble. Miss Braun, Köstlich-Soubrette. Gebr. Harry und William Latoure, Piccolo-Theater. Geschw. Morlé, die Pianisten v. Paul Arthur Martin, Samorist. Little Charles, Cavaleriatur. Metzely Troupe, Miniatur-Krocodaten.

Im Saale: **Ball.**
 Anfang 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
 Reservierter Platz 50 Pf.

Relegsgarten
 Friedenstrasse 20
 (Ede Waschstraße).
 Täglich:
Grosses Frei-Konzert.
 Die Kaffeetische ist täglich, auch Sonntags, von 2 Uhr ab geöffnet.
H. Koslowsky.
Künstliche Zähne.
 J. Steffens, Rosenhaldenstr. 61, 2 Tr.
 Teilzahlung pr. Woche 1 W.

Buchhandlung Vorwärts, Seuthstr. 2.
 Soeben ist in unserem Verlage erschienen:
Ueber die materialistische Geistesauffassung.
 Ein Vortrag von Hermann Greulich.
 Preis 25 Pf. — Porto 3 Pf.
 Diese Schrift zeichnet sich vor allem durch die Gemeinverständlichkeit der Darstellung aus. Der Verfasser schildert kurz die der materialistischen vorausgegangenem Geistesauffassungen, stellt aus den verschiedenen Schriften von Marx und Engels die genaue Formulierung der Marxschen Theorie fest und weist deren Richtigkeit an der Geschichte der Kreuzzüge und mehreren Vorgängen aus der Neuzeit praktisch nach.
 Ferner empfehlen wir die soeben erschienene Schrift:
Konsumvereine und Arbeiterbewegung.
 Von Karl Kautsky. — Preis 15 Pf. — Porto 3 Pf.

Ostbahn-Park
 Müderdorscherstr. 71. Am Küstriner Platz.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert von der 20 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Görner.
 Kaffeetische 3 bis 5 Uhr. — Volksbelustigungen aller Art.
 4 Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche.
 Entree: Sonntags 30 Pf., Kinder 10 Pf. **H. Jmbs.**

Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau
 Oeconomie: Birkholz & Mittag.
 Jeden Sonntag und Donnerstag:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert der 20 Mann starken Hauskapelle.
 Im Saale: **Grosser Ball** bei gänzlich freiem Entree. Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung.
Kaffeeküche v. 2-7 Uhr. Volksbelustigungen jeder Art.
 2 verdeckte Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen. Birkholz & Mittag.

Potsdamer W. Adelung & A. Hoffmann
 Actienbrauerei Potsdam. Gegr. 1890.
 Fernsprecher: Amt Potsdam No. 7
 empfiehlt als Specialität:
Potsdamer Stangenbier
 helles u. dunkl. Lager- und dunkles Versand-Bier
 in Gebinden und Flaschen.
 Die Zustellung in ganz Berlin geschieht durch eigene Wagen frei Haus.
 Niederl. in Berlin SW., Teltowerstr. 43.



Man verlange nur
Van den Bergh's
 feinste holländische Tafel-
Margarine.
 Unübertroffen in Feinheit des Geschmacks, Zille des Aromas und Fettgehalts.
 In den meisten besseren Kolonialwaren-Geschäften käuflich. 15790*

Zähne v. Dr. med. Theob. Franke
 v. d. Lindenstr. 145.
Bahn-Klinik.
 Künstl. Zähne in tollerloser Ausführung v. Dr. med. v. d. Lindenstr. 145. am Scherzlof, Zahnziehen mit Cocain, Chloroform, Chloroform und Cocain unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei Behandlung v. künstl. Zähnen Zahnziehen, Zahnreihen umstülzen; Kautschukgebetts, Woche 1 W.
 Gudel, Vauhyerpl. 2, Glatzerstr. 12, Steglitzerstr. 71.

Reisefässer, Betten, Strohbetten, Sommerpaletots, Anzüge, Hosen, Operngläser, Regulatoren, Remontoiruhren, Granatarmbänder (spottbillig)
 Handeltische Reanderstr. 6. 24525

Photographien
 Beste Ausführung, Billigste Preise.
Atelier Albert Elkes,
 Ritter-Strasse 106. Gde. Prinsenstr.

Große Betten 12 W.
 (Chester, Venedig, zwei Arten mit gereinigten neuen Federn bei G. K. K. Ullrich, Berlin S., Prinsenstr. 46. Preisliste kostenlos. Bitte Anfertigungsforderungen.)

Knaben-Anzüge
 u. Mädchenkleidchen, Kletter- u. Anzüge sehr billig bei **Otto Hoffmann,**
 Beteranenstr. 11. 22455*

Empfehle in Restauration, Vereinszimmer, Kafes, etc. **Alte Jakobstr. 60.**
Auf Teilzahlung!
 Schlag-Regulat. 14 T. ab 18 W.
 2 Stb. Herren-Remont. Uhr 15 ..
 23jährige Garantie.
 Charlottenstraße Nr. 15.
 Rein Kitzlingsstraße 10.

Fertige Betten, gr. Stand Oberbett, Unterbett, Anisobett, zwei Kopfkissen mit gereinigten neuen Federn, von 12 W. an, fertige Anisobett, Bettmöbel, Matrassen jeder Art, Stühle, Schloß, Bettdecken und Polster. Bestellen empf. billigst das als streng recht bekannte, 1870 gegr. Spezial-Gesch. **S. Pollack,**
 Cranienstr. 61, am Vorplatz.

Getragene Stiefel sind billig zu haben. Charlottenburg, Sprestr. 24.
Uhren u. Goldwaaren
Georg Wagner
 Uhrmacher
 Skalitzerstr. 126.
 Reparaturen.

Bahn-Klinik Preise eventuell Teilzahlung.
 Frau Olga Jacobson,
 63/11* Zubalderstr. 145.

Dr. Derrnehl's Eisenpulver. 103/3*
 Ganz vorzügliches Eisenpräparat seit 30 Jahren bekannt und überall bewährt. Schwach 1,50; Heftige 3 Sch. 4,95. Kein Gabelmittel. Analyse bezeugt. Hauptniederlage: Apotheke zum weißen Löwen, Berlin, Spandauerstr. 77, erst in Schuymanstr.

Mittwoch, den 9.
Donnerstag, den 10.
Freitag, den 11. Juni.
 Die Preislisten für Sommer- und Reise-Artikel sind erschienen.

Bade-Artikel.
Badehauben 15, 28, 25 Pf.
Badeanzüge, Länge ca. 90 100 110 cm.
 roter Perkal **90 Pf. 1,05, 1,15 Mk.**
 gemustert. Perkal **1,35, 1,50, 1,60 Mk.**
Badelaken, weiss 3,20 u. 4 Mk.
Bademäntel, weiss 3 Mk., bunt 4,30 Mk.
Gerstenkorn-Badelaken 2,80 Mk.
Kinder-Badelaken weiss 1 u. 1,35 Mk.
Frottirhandtücher 33, 70, 85 Pf.

Schürzen.
Wirtschaftsschürzen 70 Pf.
 mit Achselband **1,35 Mk.**
Tändelschürzen 55 Pf.
Kinderschürzen
 für ca. 1-2 2-3 3-4 4-5 Jahre.
1 1,10 1,20 1,30 Mk.

Tapiserie-Artikel
 fertig gestickt:
Frühstücksbeutel 65 Pf.
Staubtuchbeutel 65 Pf.
Reisekissen 80 Pf. u. 1,40 Mk.
Picknickrollen 1,05 Mk.
Fussbänke 1,60 Mk.
 Vorgezeichnet:
Tablette-Decken
 mit Fransen **15, 20, 30 Pf.**
 mit Hohlraum **18, 25, 30 Pf.**
Küchenhandtücher 60 Pf.
Stubenhandtücher 80 Pf.
Küchentischdecken 95 Pf.
Marktneize mit Holzgriff 85 Pf.
Klammerschürzen 48 Pf.
Kongressschürzen 70 Pf.
Schirmhüllen 75 Pf.
Plaidhüllen 1,35 Mk.
Streichholzbehälter 80 Pf.

Damen-Handschuhe.
Zwirn-Handschuhe,
 farbig, **28 Pf.**
Halb-Handschuhe,
 Zwirn, durchbrochenes Gewebe,
33 Pf.
Kleiderstoffe.
Kattune, hell und dunkel, gemustert, Meter **28 u. 48 Pf.**
Rips-Piqué, Meter **40 u. 45 Pf.**
Gemusterte Alpaccas helle Farben, Meter **80 Pf.**
Reinseid. Pongés bedruckt, Meter **90 Pf. 1,55 Mk.**
Changeant Merveilleux, Meter **1,65 Mk.**

Warenhaus A. Wertheim

Achtung!

Gewerkschaften Berlins!

Mittwoch, den 9. Juni, abends 8 Uhr:

36 öffentliche Gewerkschafts-Protest-Versammlungen.

Sämtliche Versammlungen finden mit Frauen in folgenden Lokalen statt:

- Allgemeine Fabrik- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen:** Raabe's Salon, Kolbergstr. Nr. 23.
- Arbeiter in Gasanstalten und anderen städtischen Betrieben:** Buske, Grenadierstr. 33.
- Bau-Arbeiter:** Englischer Garten, unterer Saal, Alexanderstr. 27c.
- Bildhauer, Stuckateure:** Joël's Festsäle, Andraestr. 21.
- Brauereiarbeiter und Böttcher:** Wilke's Salon, Andraestr. 26.
- Graphische Gewerbe (Buchdrucker, Schriftsetzer, Lithographen, Steindrucker, Buchbinder, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen):**
 - 1. Louisenstädtisches Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37.
 - 2. Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42.
- Glaser, Glasschleifer, Porzellanarbeiter und Bilderrahmenmacher:** Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20 (Gladshalle).
- Graveure, Ziseleure:** Louisenstädtisches Klubhaus, Annenstraße 16.
- Holzindustrie (Tischler, Drechsler, Stellmacher, Kistenmacher, Maschinenarbeiter, Stadorbeiter):**
 - 1. Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 11-13.
 - 2. Norddeutsche Brauerei, Chausseestr. 58.
- Handels- und Verkehrsgewerbe (Kaufleute, Handelshilfsarbeiter, Drochskentischer, Händler, Bureauangestellte):** Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20.
- Korbmacher:** Rautenberg, Cranienstr. 180.
- Lederindustrie (Weißgerber, Lohgerber, Gaudschuhmacher):** Ulitz Salon, Badstr. 19.
- Möbelpolierer:** Keller's Festsäle, Keiner Saal, Koppenstr. 29.
- Musikinstrumenten-Arbeiter:** Brochnow, Sebastianstr. 39.
- Metallindustrie (sämtliche Berufe):**
 - 1. Oböllner Hof, Cöslinerstr. 8.
 - 2. Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.
- Maurer:** Keller's Festsäle, Koppenstr. 29.
- Musiker:** (Sonnittags 11 Uhr), Buske, Grenadierstr. 33.
- Maler:** Feuerstein, oberer Saal, Alte Jakobstr. 75.
- Putzer (Nachmittags 4 1/2 Uhr):** Joël's Festsäle, Andraestr. 21.
- Sattler, Tapezirer:** Zubell's Salon, Lindenstr. 106.
- Schuhmacher:**
 - I. (Schuharbeiter) Cohn's Festsäle (Keiner Saal), Bentstr. 22.
 - II. (Fabrikshuhmacher) Königsbank, Gr. Frankfurterstr. 117.
- Schneider und Schneiderinnen, Wäschebranche, Kürschner, Schirmmacher, Hutmacher:**
 - I. Hensel's Salon, Invalidenstr. 1a. Ede Brunnenstraße.
 - II. Ressource, Kommandantenstr. 57.
- Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen:** Gründel's Salon, Brunnenstr. 188.
- Textilarbeiter und -Arbeiterinnen: (sämtliche Berufe)** Englischer Garten, Alexanderstr. 27a.
- Töpfer, Dachdecker, Steinsetzer:** (6 Uhr) Fey's Lokal, Brunnenstr. 184.
- Vergolder:** Feuerstein's Salon, (unterer Saal) Alte Jakobstr. 75.
- Zimmerer:** Cohn's Festsäle, Bentstr. 22.
- Rummelsburg-Stralau: (sämtliche Gewerkschaften)** Platkowski, Hauptstr. 83.
- Rixdorf: (sämtliche Gewerkschaften)** Viktoria-Säle, Hermannstr. 49/50.
- Steglitz: (sämtliche Gewerkschaften)** Schwarzer Adler, Albrechtstr. 125.
- Weissensee: (sämtliche Gewerkschaften)** Albrechtshof.

Tagesordnung in sämtlichen Versammlungen:

„Das Attentat auf das Koalitionsrecht der Arbeiter und Arbeiterinnen und die Stellungnahme der Gewerkschaften.“

Referenten sind die Genossen: Borgmann, Bruns, Bohn, Coblenzer, Dupont, Ewald, Faber, Goerke, Frau Greifenberg, Guttman, Hammacher, Hoffmann, Kiesel, Körsten, Link, Litka, Ledebour, Massini, Millarg, Paetzl, Portzsch, Richter, Rohrlack, Sassenbach, Siller, R. Schmidt, Stadhagen, Timm, Wagner, Wilke, Zubell.

Arbeiter, Parteigenossen! Durch die Einbringung des neuen Vereinsgesetz-Entwurfes und die Abstimmung im Abgeordnetenhaus haben die zukünftigen Kreise gezeigt, wie sie gewillt sind, in Zukunft den Ausbau der Vereinigung zu gestalten. Wir haben die Pflicht, durch die Protestversammlungen zu beweisen, daß wir Einspruch erheben gegen die fast völlige Vernichtung der Versammlungsfreiheit auch für die Gewerkschaften.

Zahlreichen Besuch erwarten

Die gewerkschaftlichen Vertrauenspersonen.

S. A.: R. Millarg.

Metallarbeiter!

Mittwoch, den 9. Juni, abends 8 Uhr:

2 große Protestversammlungen im Konzerthaus „Sanssouci“, Kottbuserstraße 4a und im „Hösliner Hof“, Köslinerstr. 8

Tages-Ordnung:

Die drohende Anebelung des Vereins- und Versammlungswesens in Preußen und die Gewerkschaften.

Referenten: Paul Litka und Herm. Rohrlack.

Kollegen! Agitiert für zahlreichsten Besuch!

Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter: Otto Räther, N., Anklamstraße 44.

Achtung! Bildhauer und Stuckateure Berlins!

Mittwoch, den 9. Juni cr., abends 8 1/2 Uhr, in Joël's Festsälen, Andraestr. Nr. 21:

Grosse öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Das Attentat auf das Koalitionsrecht der Arbeiter und die Stellung der Gewerkschaften dazu. Referent: Kollege Dupont. 2. Die diesjährige Raiffeisen und die Gewerkschaften. 3. Einladung zum Internationalen Agitationskongress.

Kollegen! Die außerordentliche Bedeutung der Tagesordnung legt jedem Kollegen die Pflicht auf, in dieser Protestversammlung zu erscheinen.

Der Vertrauensmann: G. Winkler.

Achtung! Charlottenburg.

Mittwoch, den 9. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39:

Grosse öffentl. Protest-Versammlung sämtlicher Gewerkschaften Charlottenburgs.

Tages-Ordnung:

1. Das Attentat auf das Koalitionsrecht der Arbeiter und Arbeiterinnen und die Stellungnahme der Gewerkschaften. Referent: Genosse Fritz Haufe - Berlin. 2. Diskussion. Arbeiter! Genossen! Erhebt den Kampf für den Kampf, um gegen das neueste Anebelgesetz der Reaktion Stellung zu nehmen.

Die Gewerkschafts-Kommission.

S. A.: Otto Neumann, Schlichterstr. 71.

Achtung! Gewerkschaften Weissensee's!

Mittwoch, den 9. Juni, abends 8 Uhr, im Saale Albrechtshof, Parkstrasse 13:

Große öffentliche Gewerkschafts-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Das Attentat auf das Koalitionsrecht der Arbeiter und Arbeiterinnen und die Stellungnahme der Gewerkschaften. Referent: Theodor Wehner. 2. Diskussion. 3. Beschiedenes.

Achtung! Stralau-Rummelsburg u. Friedrichsberg.

Mittwoch, den 9. Juni 1897, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Platkowski in Rummelsburg, Hauptstr. 83:

Große öffentliche Gewerkschafts-Versammlung.

Zutritt haben auch Frauen und Minderjährige. Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben.

Der Einberufer, C. Schwabe.

Achtung! Korbmacher. Achtung!

Mittwoch, den 9. Juni 1897, abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Rautenberg, Cranienstraße 180:

Grosse öffentliche Versammlung.

Umt zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Der Einberufer, 283/2

Im Erscheinen begriffen ist:

Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie von Franz Mehring.

Erscheint in wöchentlichen Lieferungen à 25 Pf.

Vereins-Geschäft Max Richter, Grüner Weg 65.

Großes Lager von Bildern, Büsten (diverse Größen) von Marx, Lassalle, Engels, Stocklaternen, Wärdereinrahmung, Saaldecorationen. Billigste Preise für Händler und Vereine.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Porträts sozialistischer Führer, Vassalle, Marx etc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Broschen, Knöpfen, Stiften, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Non vert. Preisverantw.)

Blendend weisse Wäsche ohne Bleiche erzielt man nur mit dem echten **Dr. Thompson's Seifenpulver.** Dasselbe ist frei von jeder schädlichen, ägenden Substanz und greift die Wäsche auch nicht im geringsten an. Man erhält Dr. Thompson's Seifenpulver in den meisten Colonialwaren-, Seifen- und Droguen-Geschäften, jedoch nur echt mit Schwanmarke „Schwan“.

Berlin, 2. Pfingstfesttag 1897. Durch die glückliche Geburt eines kräftigen Jungen wurden hochachtungsvoll **Alfred Walig u. Frau,** Alexanderstr. 35.

10 000 M. hint. 31 000 M. auf Borzorigrundst. 4 Meilen v. Berlin gel. Feuerl. 51 000 M. Grundwerth 12- bis 14 000 M., Mietsertrag 3100 M. Off. an Dr. Bernkeim, Charlottenburg, Weinmännstr. 15.

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene. Zirkel u. Privatstunden. **G. Viehnecht,** Hauptstr. 160.

Damenuhr von der Vertriebsstraße bis Station Weissensee verloren. Der ehrliche Finder wolle dieselbe abgeben gegen Belohnung. 2504b **Geilsdorf, Weissensee,** König-Chaussee 40a III.

Kranzblinderel u. Blumenhandlung von 1843

Robert Meyer, No. 2, Mariannenstr. No. 2. Wählungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußen, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Blumenhandlung P. Abromeit, Berlin SW., Wilmersdorferstr. 14.

Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden etc. Billigste (Markt-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

6 Pfund Brot für 50 Pf. liefert 1648b **Albrecht's Bäckerei,** Brandstr. 8. Langestr. 26. Falkenstr. 28. Langestr. 2.

Lanolinseife! macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Stück Lanolinseife und ein reines Handtuch liefern 1 Pf. 10 Pf. u. 20 Pf. Handtuch-Beilage. **Jul. P. Figner,** Neue Königstr. 17. Fernsprech-Nr. VII. Nr. 2087.

Stempel-Fabrik von **Robert Necht,** Berlin S., Cranienstr. 142. liefert schnell und billig alle Arten Stempel in bester Ausführung.

Rheumatismus, Sticht, Kreuz- u. Gelenksmerzen befähigt u. radikal das nur beim alleinigen Importeur **Engo Lubowetz,** Berlin, Dammstr. 5 in Flaschen à 2 M., Probeflaschen à 1 M. erhältlich. **Ed. Gaubhor-Dei,** kein Heilmittel.

Sophastoffe auch **Reste** in Nips, Damast, Crepe, Phantasie, Gobelin und Blüsch (vortrefflich) 1635b **Proben franco!** Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.

Emil Lefèvre, Berlin S., Cranienstr. Nr. 158.

Rohtabak größte Auswahl! Billigste Preise! Unter Brand! Vorzügliche Qualität! **Sämtliche Fabrikations-Artikeln.** (Neue Formen, sehr gr. Ausw. à 1.40 M.) Man verlange Preis-Verzeichnis. 1649b

Heinrich Frank, Nr. 185, Braunschtr. Nr. 185.

Ober-Schönweide. Sommerwohnung, möblirt, an der See gelegen, mit Balkon am Wasser u. in Benutzung d. Küche ist 1 verm. **Köster, Dresdenstr. (Eckstr. d. Haus).** Baden, Inhaberstr. 4. **Bedürftig:** Bus, Polamentier, Rinderkonfektion, sofort vermittelbar. 2470b

Arbeitsmarkt.

Durchaus erfolgreiche **Brennenbaner** sucht **Rutzen,** Neue Friedrichstr. 47. **Tüchtiger Facetten-Schleifer** sofort verlangt von **Paul Jurek,** Kommandantenstr. 82. **Mamells** auf Wädden - Paletots eins. 1,50 M. an **vert. Spedmann,** Schönhauser Allee Nr. 154 (nahe der Oderbergerstraße). 2506b **Tüchtige Schleifer** auf Klavier verl. **Ritterstr. 40 d. part.** 2503b **Kartonarbeiterinnen** werden verlangt von **Theodor Nathan,** Stadtschreiberstr. 29. 2505b